

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 33.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circuloffice Riesa Nr. 52.

Nr. 36.

Donnerstag, 12. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Spalten 1. Klasse 10 Mark, 2. Klasse 8 Mark, 3. Klasse 6 Mark. Die 2. und 3. Klasse sind für den Zeitraum von 14 Tagen gültig. Bei längerer Dauer des Anzeigenlaufes sind besondere Abmachungen zu treffen. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostschstraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vor der Ueberreichung des Kontrollberichtes.

SPD. Berlin, 12. Februar. Seit nahezu 14 Tagen wird die Ueberreichung des endgültigen Berichtes der interalliierten Kontrollkommission angekündigt. Immer wieder trat eine Verzögerung ein, da die Regierungen in London und Paris offensichtlich immer neue Rückfragen an die Kontrollkommission richteten, weil es ihnen jetzt darauf ankommt, den Beweis für die gegen Deutschland in der Entwaffnungsfrage erhobenen Beschuldigungen zu erbringen. Dabei sind die praktischen Kontrollmaßnahmen namentlich schon seit einer Woche eingestellt, sodass man in den Berliner Regierungskreisen nicht ganz einsehlich, aus welchem Grunde der Bericht noch nicht übergeben worden ist. Der amtliche englische Botschaftssekretär kündigte jedoch an, daß das Dokument nach in dieser Woche übergeben werden soll. Die Vorsitzenden der Kontrollkommission sehen im Begriff, Berlin zu verlassen, um sich zu der interalliierten Militärkonferenz in Versailles einzufinden. Gleichzeitig dürften die alliierten Regierungen in entscheidende Verhandlungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen eintreten. Mit einer Veröffentlichung des Berichtes wird man auch den in Berlin vorliegenden Mitteilungen kaum vor Ende des Monats rechnen können. Genauso unwahrscheinlich ist es, daß vor dem 21. Februar die endgültige Mitteilung der Alliierten an Deutschland erfolgt.

Inzwischen sind einige englische und französische Zeitungen in der Lage gewesen, bereits die Hauptpunkte der Anschuldigungen gegen Deutschland in ziemlich übereinstimmender Form mitzuteilen. Wenn diese Mitteilungen zutreffen, so würde es sich um längst bekannte und von Deutschland bereits wiederholt widerlegte Behauptungen handeln, wonach angeblich ein System der Ausbildung von Reservisten für die Reichswehr in Deutschland errichtet worden sei, und wonach die deutsche Schutzpolizei eine militärische Organisation darstelle. Auch die Vorwürfe gegen Arzney und andere Fabriken sollen wiederholt werden. Wir glauben zu wissen, daß man in den Berliner Regierungskreisen dem Bericht der Kontrollkommission ohne jede Beunruhigung entgegen sehen kann, denn man hat in Berlin feste Anhaltspunkte dafür, daß es mit der von Deutschland verlangten Beweisführung der Kontrollkommission außerordentlich schlecht bestellt ist. Trotzdem wird die deutsche Regierung entsprechend den Ankündigungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther in eine sorgfältige Prüfung der gegen Deutschland einlaufenden Vorwürfe eintreten, und dafür Sorge tragen, daß die etwa vorhandenen Unstimmigkeiten rasche Klärung finden.

Für die weitere Entwicklung der Dinge wird der Umstand von größter Wichtigkeit sein, ob die alliierten Regierungen etwa die Befähigung widerholten sollten, daß die Abrüstung Deutschlands noch nicht durchgeführt sei. Dem gegenüber würde das Reichskabinett unbedingt den Standpunkt einnehmen, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag erfüllt hat, und daß ein gegenseitiger Beweis einsehlich nicht zu erbringen sein wird. Weiterhin wird es darauf ankommen, welche praktische Schlussfolgerungen überhaupt aus dem Bericht der Kontrollkommission gezogen werden sollen. Die Reichsregierung würde unter allen Umständen beanspruchen, daß auf dem Verhandlungswege eine Klärung geschaffen wird, und von einem einseitigen Diktat gegen Deutschland Abstand genommen werden muß. Einige Beachtung verdient auch die Iobben in Genf beendete Beratung der ständigen Militärkommission des Völkerbundes, die sich mit der Frage der Rüstungskontrolle beschäftigt hat, und die wahrscheinlich schon jetzt gewisse Pläne für die Durchführung der Völkerbund-Ueberwachung gegenüber Deutschland entworfen haben dürfte. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Ergebnis dieser Beratungen auf die Entscheidung der Entente-Mächte einen starken Einfluß ausüben wird.

Gespensertanz in Leipzig.

(Verhandlungsbericht siehe Beilage.)

Nach sehr umfangreichen, langwierigen und zum Teil recht schwierigen Untersuchungen und Erhebungen hat in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlung über die gegen Leben und Sicherheit anderer Staaten geplante Verschwörung begonnen, deren Fäden von Moskau über die russische Botschaft nach Dresden, Thüringen und Süddeutschland verwebten. Wie ein Gespensertanz aus vergangener Zeit mutet uns heute an, was vor einem guten Jahre noch jeder Zeit über Nacht hätte grauenhafte Wirklichkeit werden können. Es lag nahe, daß die Moskauer Vorleser der in Deutschland durchweg wenig ernst zunehmenden „Weltrevolutionäre“ angesichts der Hochflut der Inflation die Zeit zum Handeln für gekommen hielten. Jeder Tag raubte Hunderttausenden deutschen Menschen die Lebensgrundlagen und schränkte den Lebensstand weiterer Millionen unermesslich ein. Ein Gefühl der Verzweiflung, eine Stimmung „es muß etwas geschehen“, beverlichte die Massen. In Thüringen und Sachsen schien von innen heraus die Mätereipublik heranzureifen. In Dresden sahen Kommunisten in den Ministern. So gab es denn fieberhafte Arbeit für das „Revko“, das Revolutionskomitee der SPD, in welchem deutsche Kommunisten mit russgardistischen Offizieren zusammenwirkten.

Aus dem Gesamtmaterial, das in Leipzig ausgebreitet wird, hebt sich vorläufig die Wirksamkeit der T-Gruppe, der Terrorgruppe, besonders heraus. Der Angeklagte Neumann, der mit wichtigen Aufgaben betraut worden ist, und im besonderen die Geldbesorgungen bei der Kasse der russischen Botschaft verhandelt, ist in weitem Umfange gefänglich. Diese Tatsache ist den Kommunisten mehr als peinlich. Seit Wochen bereits ist die „Note

Eine heftige Schlagwetter-Explosion.

84 tote Bergleute geborgen.

Dortmund. (Funkpruch.) Im Südoelstfeld der Zeche Minister Stein Schacht 3 ist gestern 8,10 Uhr abends eine Schlagwetterexplosion erfolgt. Diese Explosion hat einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Die Strecken sowohl auf der dritten wie zweiten und ersten Sohle sind durch Brüche gesperrt. Die gleich nach der Explosion eingeleiteten Rettungsmannschaften versuchten die Brüche zu durcharbeiten, um an die hinter den Brüchen in zwei Revieren arbeitenden Leute heranzukommen. Nur vereinzelte Leute sind gleich nach der Explosion noch lebendutage gekommen. Es ist mit dem

Verlust von über 100 Bergleuten

zu rechnen, zumal in den Betrieben hinter den Brüchen infolge der völlig gehörten Wetterzufuhr die Gase nicht in dem erforderlichen Maße abgehen können. Die Veranlassung der Explosion ist noch dunkel. Darüber werden erst Angaben gemacht werden können, wenn die Brüche ausgedämmt sein werden und die Bergleute Auskunft geben können.

Bis heute morgen 4 Uhr waren 30 Tote geborgen, außerdem 8 lebende Bergleute. Nach dem bisherigen Befund hat eine große Anzahl Bergleute den Tod auf der Flucht gefunden. Verschiedene Arbeitsstätten wurden von der Explosion unberührt vorgefunden. Die Kaffeekassen der Bergleute standen noch, ohne daß sie umgestürzt waren, auf den Gehäusen. Die Bergleute waren aber nicht mehr an diesen Betriebspunkten. Sie waren gestücht, und allem Anschein nach haben sie in den Gassen ihren Tod gefunden. Eine große Anzahl von Bergleuten ist ohne äußere Verletzungen tot ausgefunden worden.

Dortmund. (Funkpruch.) Von zuständiger Stelle wird uns zu dem Unglück auf Schacht 3 der Zeche „Minister Stein“ noch mitgeteilt: Die Gesamtzahl der durch die außerordentlich starke Explosion, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist, betroffenen Bergleute beträgt 137. Acht konnten unmittelbar nach der Explosion noch lebend geborgen werden und sind wahrscheinlich außer Lebensgefahr. Bis heute früh 9 Uhr waren 36 Tote geborgen. 93 Berg-

leute werden vermisst und sind durch die Kohlenmassen abgeknippt. Obgleich die eigene Rettungsmannschaft sowie die Rettungsmannschaften der Nachbarzechen Gneisenau, Victor, Schenck, Schornhork, Brechen und die Berufsrettungswache von „Rhein-Elbe“ fieberhaft tätig sind, ist nicht damit zu rechnen, daß auch nur ein einziger der abgeknippten Bergleute noch am Leben und zu retten ist. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf der Flucht von den giftigen Schwaden erreicht und getötet worden. Es sind insgesamt 180 Mann Rettungsmannschaften zur Stelle. Andere stehen bereit, um die Zubruchgangstrecken mit größter Beschleunigung frei zu machen. Die Rettungsarbeiten werden erschwert durch die teilweise noch vorhandenen giftigen Nachschwaden. Seit Mitternacht werten Generaldirektor Berggrat Funke, Bergwerksdirektor Knepper, Bergbauhauptmann Overtun, Bergbauhauptmann die Bergwerksassessoren Wille und Beiling von der Verhütung für Sprengstoffwesen an der Unfallsstelle. Bergbauhauptmann Overtun, Oberberggrat Frielingshaus und Berggrat Weller haben die Strecke, soweit es bisher möglich ist, bereits befahren. In den nächsten Stunden ist mit der Bergung weiterer Verunglückter nicht zu rechnen.

Sten. (Funkpruch.) Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet um 6 Uhr morgens zu der Schlagwetter-Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“: Die Strenenrufe, die gegen 9 Uhr abends erklangen, und die Ferngespräche nach Rettungsmannschaften, trugen die Kunde von dem furchtbaren Unglück in die Nachbarschaft. Die Straßen, die nach dem Unglücksort führten, waren alsbald von Krankenautos, Personen- und Lastkraftwagen überfüllt, die in rastloser Fahrt der Unfallsstelle zuweilen. Die Straßen in der Nähe des Schachtes waren von Tausenden von Angehörigen der Belegschaft umkäumt. Die Zeche „Minister Stein“ ist seit 1901 von größeren Unglücken verschont geblieben. Die Rettungsmannschaften leiden schwer unter den Gasen, die keinen Abzug haben und können nur Schritt für Schritt zur Unfallsstelle vordringen.

Dortmund. (Funkpruch.) Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein“ wurden bis 11,30 Uhr 70 Tote geborgen.

Dortmund. (Funkpruch.) Bei den Bergungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein“ wurden bis 12 Uhr 84 Tote geborgen.

Ein neuer Staatsbankswindel.

Berlin. Wie die „Post. Ztg.“ meldet, steht der Kassendirektor bei der Preussischen Staatsbank, Friedel, im dringenden Verdacht, bereits vor längerer Zeit eine große Anzahl Industriebanknoten und Staatsanleihen verkauft, die Werte jedoch nicht in die Depots der Staatsbank eingeliefert, sondern für sich selbst verwandt zu haben. Friedel ist einstweilen seines Postens enthoben worden. Es ist möglich, daß noch andere Beamte der Staatsbank in die Angelegenheit verwickelt sind.

Berlin. Die Mitteilung über die Aufdeckung neuer Unregelmäßigkeiten von Kassendirektoren ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst von der Preussischen Staatsbank erfährt, im wesentlichen richtig. Im Sommer 1923 haben einige Beamte sich für bejaht gehalten, ausgelagerte oder gefälschte Wertpapiere gegen Zahlung des Einzahlungsbetrages an sich zu bringen. Dieser Vorgang ist vor kurzem der Leitung der Staatsbank bekannt geworden. Die sofort eingeleitete Untersuchung ist in vollem Gange und wird mit aller Schärfe durchgeführt werden. Die Wertpapiere sind bis auf einen geringen Teil der Staatsbank bereits zurückgeliefert worden.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Paris. Zwischen den Mitgliedern der deutschen und der französischen Wirtschaftsdelegation haben gestern nachmittags private Besprechungen stattgefunden, an denen weder Trendelenburg noch Neumann teilnahmen. Die Besprechungen haben gezeigt, daß die Schwierigkeiten noch sehr groß sind und auch auf deutscher Seite gelangt man zu der Erkenntnis, daß sich die Aussichten auf eine Verständigung verringert haben. Dennoch werden die Verhandlungen vorläufig fortgesetzt. In Kreisen der deutschen Wirtschaftsdelegation wurde gestern abend erklärt, daß von einer Abreise Trendelenburgs entgegen der Meinung eines Mittagsblattes, noch nicht die Rede sein könne.

Zuchthausstrafe für Mitglieder der Hölzgarde.

In dem Prozeß gegen die Mistkämpfer Göls's, die eine Reihe von Raubüberfällen verübt haben, wurde der Angeklagte Bergmann zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und der Angeklagte Götsch zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Sid wurde freigesprochen.

Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit einem kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung von 200 bzw. 100 Mt. an die Erwerbslosen und Aufhebung der Karenzzeit, auf dessen Behandlung die Kommunisten bestanden, obwohl er im Haushaltsausschuss bereits abgelehnt worden war. Der Sozialpolitische Ausschuss war gleichfalls für die Ablehnung.

Grundsätzlich angenommen wurde der Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Er sieht vor, daß die Höchstgrenze für die Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslosensicherung von drei auf zwei Prozent herabgesetzt wird. Die Regierung wurde ersucht, etwaige bei der Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete entstehenden Härten auszugleichen.

Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Beitragspflicht auf die bisher beitragsfreien landwirtschaftlichen Arbeiter, Hausgehilfen und ländlichen Gefinde ausgedehnt werden sollte. Von deutschnationaler Seite war darauf hingewiesen worden, daß auch nach der bisherigen Regelung die Unterstützung erwerbsloser landwirtschaftlicher Arbeiter gesichert sei, daß aber die beantragte Uebernahme der Eisenart der Landwirtschaft nicht Wahrung trage. Abgelehnt wurde eine Entschließung der Demokraten, die eine gleiche Regelung für das künftige Geseß schon jetzt festzulegen suchte.

Vertikales und Sächliches.

Miesla, den 12. Februar 1925.

Todesfall. Wiederum hat einer unserer Ältesten Mitglieder seine Augen zum ewigen Schlummer geschlossen. Wie aus den Familienangelegenheiten zu ersehen, ist Herr Privatrat Ernst Kreyssmar in der vergangenen Nacht, nachdem er am Sonntag von einem leichten Schlaganfall betroffen worden war, sanft eingeschlafen. Er stand im 81. Lebensjahre. Ein Leben voller Arbeit und Schaffensfreude ist dahingegangen. Nachdem er seine berufliche Tätigkeit 50 Jahre der Firma G. F. Förster gewidmet hatte, feierte er am 1. April 1911 als Profurist genannten Geschäfts sein goldenes Berufsjubiläum und trat alsbald von seiner Stellung zurück. Seine nimmermüden Hände konnten jedoch nicht ruhen, sodass der nunmehr Entschlafene sich immer wieder betätigte, bis ihn der Tod jetzt in den ewigen Ruhestand abrief. Aber nicht nur an seiner Arbeitshäute, sondern auch außerhalb seines Berufes ist Vater Kreyssmar ein vorbildlicher, treuer Berater und Helfer gewesen, und all die Vereine und Gesellschaften, denen er viele Jahre hindurch mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, werden ihm ein dankbares, ehrendes Gedenken weit über das Grab hinaus bewahren. Die Deutsche Turnerschaft verliert in dem Verstorbenen einen ihrer Treuesten. Ueber 60 Jahre gehörte er dem Turnverein Miesla an. Fast ein Menschenalter hindurch leitete er den Verein als 1. Vorsitzender. Als er altershalber dieses Amt niederlegte, wurde er in Anerkennung seiner großen Verdienste zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Eine lange Reihe von Jahren hat er auch dem Niederelbe-Turngau als Gausgambwart treu gedient. Hohe Auszeichnungen der Deutschen Turnerschaft wurden ihm zuteil; er war auch Inhaber des Abzeichenkreuzes. Auf dem Gollberge steht stolz eine deutsche Eiche, die der Niederelbe-Turngau vor einigen Jahren zum Ehrengedächtnis an Vater Kreyssmar pflanzen ließ. — Die Beerdigung des Entschlafenen erfolgt Sonntag mittags 11 Uhr auf dem hiesigen Friedhofe.

Verloren und nach Fund untersucht. — Ein oder aus der Tasche gestohlen worden ist auf dem Wege Obenwies bis zur Fahrradhandlung Franz Müller am Rosenpl. am 11. 25 in der Zeit von 6—7 Uhr nachm. eine Portulante mit 85 Mark Inhalt. Um Angaben, die zur Wiedererlangung des Geldes führen können, bittet der Kriminalpolizei.

Alteutscher Abend. Die Ortsgruppe Miesla des Alteutschen Verbandes veranstaltet morgen Freitag wiederum einen der beliebtesten Alteutschen Abende. General der Inf. Wigmann spricht bekanntlich über „Neue Kunde von den Deutschen in Südamerika“. Der Vortrag wird umrahmt von Sopranistin, Sprechvorträgen, musikalischen Darbietungen und gemeinsamen Gesängen.

Juanita Norden, die hier bestens bekannte Künstlerin, veranstaltet im Verein mit Karl Zinner (Bariton) und Frau Dr. Engelhardt (Klavier) morgen Freitag abend in der „Elderrasse“ ein Konzert, auf welches auch an dieser Stelle empfehlend hingewiesen sei. Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

Die literarische Vereinigung an der Oberrealschule veranstaltet am 28. Februar im Sperrsaal einen Theaterabend. Unter dem Leitwort „Koslo“ sind zwei einaktige Stücke zusammengestellt, die in der ersten Reihe der Bühnenwerke deutscher Literatur stehen. Das Spiel „Der verwandelte Komödiant“ von Stefan Zweig ist eine feine, fesselnde Studie über das deutsche Volk. Dem modernen Stück, das das bürgerliche Leben und das Komödiantentum dieser Stillepoche zeichnet, steht ein Stück aus dem bürgerlichen Leben jenes Zeitalters gegenüber: „Die Geschwister“ von Joh. Wolfgang von Goethe, die dem Bereiche der Liebhabertheater besonders nahe steht. Ein für diesen Abend nach einem Entwurf von Prof. Max Deuring besonders hergestelltes Bühnenbild sowie sorgfältig ausgewählte Kostüme sollen der Veranstaltung einen würdigen Hintergrund geben. (Näheres s. Inserat.)

Falsche Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark. In letzter Zeit tauchen hier und da wieder falsche Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark auf, die auf Papier mit bogenförmigen oder wellenförmigen Wasserzeichen gedruckt sind. Neuerdings verwenden die Fälscher auch Papier ohne natürliches Wasserzeichen und ahmen das Wasserzeichen der echten Scheine durch Aufdruck eines Bildes nach. Die bei den echten Scheinen in Papier eingebetteten Fasern sind nun aufgeklebt oder mit Seidenpapier überklebt oder sie fehlen gänzlich. Für erfolgreiche Mitwirkung bei Ermittlung und Festnahme der Fälscher von Rentenbankscheinen zahlt die deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Mark. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei entgegen.

Falsche Rentenbankscheine zu 50 Mark. Seit längerer Zeit werden in Baden und Württemberg falsche Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark in Verkehr gebracht, die von den echten Scheinen erheblich abweichen und deshalb bei einiger Aufmerksamkeit leicht zu erkennen sind. Der grüne Stoffaufsatz auf dem rechten Teil der Vorderseite der echten Scheine, in dem die Fasern eingebettet liegen, ist bei den Fälschungen durch Auftragen eines schmutzigen grauen Tonen nachgemacht, in dem die Fasern durch farbige Striche angedeutet sind. Hin und wieder sind auch einige Fasern aufgeklebt. Das Wasserzeichen (Kreuz- und Ringmuster), das sich bei den echten Noten deutlich über den ganzen Schein erstreckt, ist bei den Fälschungen durch einen feinsten, bald schwächeren, bald härteren Aufdruck auf die nichtbedruckten Teile des Scheins vorgetäuscht. Außerdem erscheint das Untergrundmuster der Vorder- und Rückseite und die Wertzahl 50 in der Mitte und auf dem Rande der Vorderseite undeutlich und verschwommen. Nur wenn das Publikum auf die angegebenen Merkmale achtet und beim Vorkommen eines Fälschungsstücks der Polizei sofort Nachricht gibt, kann den Fälschern ihr Handwerk gelegt werden. Auf deren Ermittlung hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Rentenmark ausgesetzt.

Baubeihilfen 1925. Der Landeswohnungsverband in Dresden, der bisher die Zuteilung von Baubeihilfen (Aufwertungssteuer) an die Bezirksverbände obliegen hat, teilt der Amtshauptmannschaft auf Anfrage mit, daß kurzzeitig noch Entscheidung darüber gefaßt werde, ob im Rechnungsjahre 1925 die Wohnungssteuer in Form einer Staats- oder Gemeindesteuer erhoben werden solle. Als Staatssteuer wird voraussichtlich die Verteilung dem Landeswohnungsverband abgenommen und dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zugeteilt werden. Bevor nicht diese Frage geklärt ist, bleiben die Bezirksverbände ohne nähere Angaben über die Höhe der ihnen für das Jahr 1925 zuzuführenden Mittel und über die Art und Weise der Weiterverteilung. Die Kenntnis dieser Tatsachen aber ist für die Bezirke unerlässlich zur Beurteilung der bereits vorliegenden Baubeihilfegesuche. Aller Wahrheitsliebe halber werden die Bezirke für 1925 mit noch geringeren Beträgen als im Jahre 1924 bedacht werden, sobald die bereits zahlreich vorliegenden Gesuche mit ganz geringen Ausnahmen abgelehnt werden müssen. Bei dieser Sachlage erscheint es völlig zwecklos, für 1925 Baubeihilfegesuche beim Bezirksverband einzureichen.

Wesen mit Steinen nach Eisenbahnen. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Seit einiger Zeit ist es häufig zu beobachten, daß fahrende Personenzüge mit Steinen beworfen werden. Soweit die Täter zu ermitteln sind, hat sich dabei herausgestellt, daß unentgeltliche Lieberman der Anlage hierin

es kommen vereinzelt aber auch verbrecherische Anschläge auf die Züge vor. Die Täter sind leider nur selten und schwer zu fassen. Da bei solchen Gelegenheiten schon oft Reisende durch Steine und Glasplitzer verletzt worden sind, sollte sich die Allgemeinheit auch dafür interessieren. Eltern sollten ihre Kinder und Lehrer ihre Schüler auf das Verwerfliche derartiger Handlungen aufmerksam machen. Aber auch bei der Ermittlung der Täter kann die Allgemeinheit die Reichsbahn-Gesellschaft und die Polizeibehörden unterstützen.

Warnung vor der Bestellung des holländischen Flecken-Reinigungsmittel Naco. Wie wir erfahren, unterhält eine holländische Aktien-Gesellschaft „Naco“ im Haag, Doornstraat 182, seit Monaten in allen Teilen des Reichs eine umfangreiche Propaganda durch Mund-zu-Mund, Druckschriften und Zeitungsinserte, um ihr Fleckenreinigungsmittel Naco in Deutschland abzusetzen. Die Einfuhr dieses Fleckenreinigungsmittels ist gesetzlich verboten; das Einfuhrverbot wird in den Vertragsofferten der Naco nicht erwähnt. Einfuhrbewilligungen werden für das Mittel nicht erteilt. Die Naco liefert zunächst nur gegen Voreinlösung des Warenpreises. Auf ihre Angebote, die einen schnellen und großen Verdienst versprechen, sind zahlreiche Personen, besonders Minderbemittelte eingegangen, die über die bestehenden wirtschaftlichen Einfuhrverbote nicht informiert waren. Viele Personen haben den Betrag für das Mittel voreingelohnt, ohne es erhalten zu können. Es wird daher vor dem Angebot der Naco dringend gewarnt.

104er-Tag. Vom 6. bis 8. Juni d. J. findet in Chemnitz ein allgemeiner großer 104er-Tag aller drei 104er Regimenter (aktive, Reserve und Landwehr) statt. Damit verbunden wird eine Totengebächtnisfeier und die Weihe des Denkmals auf dem Neuen Friedhofe sein.

Geschäftstrennungsprüfung. Wie uns die Handelskammer Dresden mitteilt, findet die nächste Prüfung voraussichtlich Ende März statt. Anmeldevordrucke und die Prüfungsordnung sind bei der Kammer für 5 Pfennig erhältlich. Bei genügender Beteiligung können auch Prüfungen außerhalb Dresdens erfolgen. Vorkläufiger Anmeldebüch: 7. März 1925.

Aus der Tätigkeit der Handelskammer. In einer Eingabe an die Reichsbahndirektion Dresden wandte sich die Kammer gegen die lange Weidredensdauer von Stückgutentbänden und Wagenabgaben.

Der gleichen Behörde gegenüber wurde ein Antrag auf Verlegung von Säulen und Stellen aus Klasse A in Klasse B des Gütertarifs angelegentlich bekräftigt.

Dem deutschen Industrie- und Handelstag wurde berichtet, daß der Einführung der 24 Stundenzahlung im Eisenbahnfahrplan zugestimmt werde. — Die Oberpostdirektion Dresden wurde ersucht, für eine beschleunigte Briefzustellung im Bezirk des Postamtes 16 Sorge zu tragen.

Dem deutschen Industrie- und Handelstag wurde berichtet, daß der Erlaß von Ausführungsbestimmungen zu § 7 Abs. 2 der Arbeitszeitverordnung, wodurch die Arbeitsgruppen festzustellen sind, die einer beschränkten Arbeitszeit unterliegen sollen, zwischen den Gewerbetreibenden und Arbeitgeberverbänden darüber verhandelt werden möchte, auf welche Arbeitergruppen sich die Ausführungsbestimmungen erstrecken sollen, daß die beschränkte Arbeitszeit im Interesse der Allgemeinheit aber nicht zu weit ausgedehnt werden möchte. — Die Kammer fragte bei dem Polizeipräsidenten Dresden an, warum sie vor Erlaß der neuen Dresdner Verkehrsordnung nicht gehört worden sei. — Bei dem Wirtschaftsministerium wurde befragt, Eisen von der Preisliste 15 der Umfassung zu streichen. — Einer Anregung auf Ermäßigung der Wechsellöhne in dem zur Hebung des Wechsellöhns gebotenen Ausmaß wurde zugestimmt. — Das Wirtschaftsministerium hat darum ersucht, auf die Geschäftswelt einzuwirken, daß die sächsischen Banknoten in möglichst weitem Maße zu Zahlungen benutzt und dem Verkehr erhalten werden. — Die Reichsbahndirektion Dresden hat es abgelehnt, einen Abbau der der Beamtenleibhaftigkeit eingeräumten Vergünstigungen zu betreiben. — Der deutsche Industrie- und Handelstag hat darauf hingewiesen, daß durch lautiende Verträge kein Anspruch erworben wird. Lieferungen nach dem 10. Januar noch sollfrei aus Umlagebringungen einzuführen.

Aus den Landtagsausschüssen. Der Haushaltsausschuß B behandelte in seiner gestrigen Sitzung mehrere kommunikative Anträge auf Wiederinstellung entlassener Arbeiter und Betriebsratsmitglieder in den staatlichen Kohlenwerken Sauerode und Böhlen. Die Verhandlungen konnten nicht zu Ende geführt werden, da die Regierung weitere Unterlagen, besonders über die Entlassungsgründe, vorzulegen gebietet. Ferner wurde eine Vorlage der Regierung beraten, die 100 000 Mark Kredit zur Erweiterung der staatlichen Kalkwerke Dornsdorf anfordert. Hierbei wurde eine längere Debatte über die Frage der Rentabilität jener Werke geführt. Von bürgerlicher Seite waren in dieser Hinsicht Bedenken geltend gemacht worden, die durch die Regierung zunächst nicht geteilt werden konnten. Aus diesem Grunde wurde die Weiterberatung verschoben und die Regierung um Vorlegung weiteren Materials ersucht. — Der Rechtsausschuß setzte heute zunächst die allgemeine Beratung über den Entwurf für ein Landwirtschaftskammergesetz fort. Im Ausschuss herrschte die Ansicht, daß der Gesetzentwurf in seinen wichtigsten Punkten und Zielen zu billigen ist. Im Laufe der Einzelberatung wurde einem Antrage zugestimmt, die jeweiligen Vorsitzenden der 5 landwirtschaftlichen Kreisvereine als Mitglieder der Landwirtschaftskammer aufzunehmen. Weiterhin wurde beschlossen, als Aufgabe der Landwirtschaftskammer nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch deren Wirtschaftswesen im Freistaat Sachsen zu fördern. Ein Antrag, die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine durch eine Vertretung der Kammer einzufügen, fand keine Mehrheit. Eine längere Aussprache wurde über die Bildung des Ausschusses für Arbeitnehmerweihen geführt. Schließlich trat der Ausschuss der Regierungsvorlage bei, wonach der Arbeitnehmerausschuß paritätisch zusammengesetzt werden soll. Die Arbeitnehmerweihen werden nach Gehör der Berufsvereinigungen durch das Wirtschaftsministerium bestimmt, die Arbeitgeberweihen durch die Landwirtschaftskammer gewählt. Hierzu haben die Arbeitgeberverbände das Vorschlagsrecht. Entgegen der Regierungsvorlage wurde beschlossen, die durch die Beteiligung der Arbeitnehmer entstehenden Kosten nicht durch die Berufsvereinigungen, sondern durch die Landwirtschaftskammer tragen zu lassen. Die Weiterberatung des Entwurfs wird demnächst erfolgen, wie überhaupt eine zweite Lesung geplant ist, in der schließlich eine Anzahl leit abgelehnter Anträge wiederkehren dürfte.

Neue Ferienheime für Handel und Industrie. Den Ferienheimen für Handel und Industrie (Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime e. V.) ist es gelungen, durch eine Reihe günstiger Käufe die Zahl ihrer Heime weiter zu vergrößern. In dem Nordsee-Bad Westerland auf Selt ist das Park-Hotel in ihren Besitz übergegangen, das als eines der beliebtesten Oäfer des Bades gelten kann. Durch diese Erwerbung ist die der Gesellschaft in Westerland zur Verfügung stehende Gästezahl auf rund 300 gestiegen. In Warnemünde hat sie das in nächster Nähe des Strandes liegende Strand-Hotel erworben. Warnemünde bietet keinen Gärten außer guten Badestrandverhältnissen viel Abwechslung durch seinen Fischer- und Seegebotstafel, sowie den nach Rostock gebenden Schiffsverkehr. In dem bekannten Oäferbad Krum-

see hat sich die Gesellschaft das Park-Hotel gesichert, das seiner baulichen Anlage und Ausstattung wegen als eines der modernsten Häuser an der Ostsee angesehen wird. Endlich ist es den Ferienheimen möglich gewesen, in dem bekannten Riesenbadort Krummhübel, dem günstigsten Ausgangspunkt für Kammerwanderungen und Besichtigungen der Schneekoppe, das Kurhotel (früher Hotel zur Schneekoppe) zu erwerben. Die Gesamtzahl der Orte, in denen die Gesellschaft jetzt Ferienheime unterhält, ist damit auf 35 gestiegen.

Dresdner Mastviehchau. Freitag, den 18. April 1925. Den Viehzüchtern und Mätern, sowie allen am Dresdner Viehhof interessierten Viehhändlern und Fleischern bietet sich Gelegenheit auf der großen sächsischen Mastviehchau Masttiere zur Schau zu bringen, an dem Präsentieren in lebendem und geschlachtetem Zustand teilnehmen zu lassen und sie während der Schau gut zu vermerken. Die große sächsische Mastviehchau und fachgewerbliche Ausstellung für das Fleischgewerbe wird auch Maschinen, Geräte, Transportmittel und Erzeugnisse umfassen. Sie wird veranstaltet vom Reichsverband der Deutschen Großschlächter, der sich zwecks Durchführung des großen, für die sächsische Fleischversorgung bedeutenden Unternehmens die Unterstützung der sächsischen Staatsbehörden, der landwirtschaftlichen Körperchaften und der am Dresdner Viehhof beteiligten Interessentenverbänden des Viehhandels und des Fleischgewerbes gesichert hat.

Flugverkehr Chemnitz-Weipitz. Wie schon kurz gemeldet, wird von der Chemnitzer Flughafen-Gesellschaft für die Weipitzer Messezeit ein Flugverkehr zwischen Chemnitz und Weipitz eingerichtet. Die Flugzeuge, Metallflugzeuge der Junkers-Werke, starten vom 28. Februar bis 18. März täglich 8 Uhr oder 8:30 Uhr vormittags auf dem neuen Chemnitzer Flugplatz, die Rückfahrt von Weipitz erfolgt um 4 Uhr oder 4:30 Uhr nachmittags. Die Flugzeit beträgt 30 bis 35 Minuten. Der einfache Flug kostet 25, Hin- und Rückflug 45 Mark. Der Rückflug braucht nicht am gleichen Tage zu erfolgen. Nach der Rückkehr von Weipitz finden nachmittags Sonderrundflüge um Chemnitz und ins Erzgebirge zum Preise von 20 Mark statt.

Schulimpfung der Schweine gegen Rotlauf. In Ergänzung der Bekanntmachung der staatlichen Schlachttierversicherung, die Schutzimpfung der Schweine gegen Rotlauf betreffend, wird noch bekanntgegeben, daß die Kosten der für die Schutzimpfung erforderlichen Impfstoffe die Anzahl für staatliche Schlachttierversicherung trägt und sie den Tierärzten unmittelbar veranlagt. Die Kosten der Impfung selbst sind von den Tierhaltern zu tragen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 1. bis 7. Februar folgenden Bericht: Die Landwirtschaft zehle erhöhte Bedarf an jungen Kräften beiderlei Geschlechtes. Aufnahmefähig blieben auch die Stein- und Glasindustrie, und lebhaft gestaltet sich die Vermittlungstätigkeit in der Metall- und in der Textilindustrie. Verlangt wurden männliche und weibliche, gelernte und ungelernete Kräfte. Die Tritotagen- und Strumpfwarenbranche stellte wegen Mangels an Facharbeitern im Unerwarteten als Lernende ein. Die Papierindustrie zeigte im Gegensatz zur Vormwoche offensichtlich zur Besserung. Uneinheitlich gestaltet sich weiterhin die Lage in der Lederindustrie, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, und wenig günstig blieben im allgemeinen die Verhältnisse im Nahrungs- und Genussmittel-, im Bekleidungs-, im Gast- und Schankgewerbe. Im Baugewerbe boten sich infolge der milden Witterung an verschiedenen Orten Beschäftigungsmöglichkeiten. Der hierdurch bedingte Abgang von Arbeitslosen wurde allerdings durch Zugang an solchen an anderen Orten wieder ausgeglichen. — Die Zahl der unterkulten Erwerbslosen betrug zu Beginn der Berichtswoche 54 702 (48 872 männliche, 5 830 weibliche) und die der Zuschlagsempflänger 63 231, so daß seit dem 15. Januar eine Abnahme von 3 169 Hauptunterstützungs- und 1 217 Zuschlagsempflängern zu verzeichnen ist.

Dresden. In den letzten Tagen wurden zwei in hiesigen Herbergen aufliegende Personen beim Handel mit Koka abgefaßt und festgenommen. Das Koka konnte sie sich in größeren Mengen durch verschiedene Rezepte verschaffen.

Sainsberg. Kurz vor der Einfahrt nach Station Rabenau hatte der Sturm eine starke Fichte umgeworfen und quer über die Weite gelegt. Der Maschinenführer des Fräzuges bemerkte aber noch rechtzeitig das Hindernis und es gelang ihm, ein schweres Unheil zu verhindern. Die Maschine fuhr zwar die Fichte an, aber nur leicht. Darauf wurde der Stamm zerlegt und das Hindernis entfernt.

Chemnitz. Das Opfer eines Robeittaktes wurde ein 38 Jahre alter Markthelfer in Chemnitz. Er sah nachts auf der Zahnstraße, wie ein unbekannter etwa 23 jähriger Arbeiter auf eine Gaslaterne kletterte und diese auslöschte. Er stellte den jungen Menschen wegen dieses Unfalls zur Rede, wurde jedoch sofort von dem Anhold und einem gleichaltrigen Begleiter zu Boden geschlagen. Bewußtlos wurde er von Passanten aufgehoben und ins Krankenhaus gebracht, wo er starb. Die zwei Burschen sind noch nicht ermittelt.

Neulichen (Bez. Chemnitz). Am Dienstag früh brannte das zweistöckige Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Besitzers Herter vollständig nieder. Der Schaden ist groß.

Unterfachsenberg. Ein 13 jähriger Junge hatte sich einen Trommelbohrer zu verschaffen gewußt, mit dem er in der Wohnung seiner Großmutter spielte. Plötzlich löste sich ein Schuß und traf den Knaben ins Herz, so daß er sofort tot war.

Glauchau. Der Oberkellner Kühner einer hiesigen Weinstube verließ morgens gegen 6 Uhr seinen Dienst und eine Stunde später fand man ihn auf der Treppe seines Wohnhauses tot liegen. Er, der stark herabgekommen war, ist wahrscheinlich infolge eines Schwindelanfalls die Treppe herabgestürzt und hat einen Schädelbruch erlitten.

Wauen i. S. Auf der Eisenbahnschleife von Wauen nach Oberweienitz verließ plötzlich im Eisenbahnwagen die 42 jährige Frau des hiesigen weitbekannten Gastwirts Seharth. Kurz hinter Chemnitz wurde die Frau von einem Unwohlsein befallen und bereits in Höhe konnte ein sofort hinzugezogener Arzt nur den Tod durch Herzschlag feststellen.

Begau. In Gegenwart von Vertretern des Landeskulturrats der Reichshauptmannschaft Weipitz und der sächsischen Behörden von Begau wurde die landwirtschaftliche Lehranstalt für Mädchen, verbunden mit Internat, ihrer Bestimmung übergeben.

Wurzen. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Partie bei Besuch der Bahnwärter a. D. Schmalzfuß ertrunken aufgefunden. Ob Unglücksfall oder Mord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Weipitz. Hier verstarb die frühere Hofkapellmeisterin und Sopranfängerin Frä. Paula Zullinger nach längerem Leiden.

Weipitz. Beim Rangieren eines Postpalettwagens blieb dieser plötzlich infolge Einwirkens der Bremsen stehen. Man entdeckte im Bremserhäuschen einen 26 jährigen Dillschaffner, der früher auf dem Postamt angestellt war, aber wegen Unregelmäßigkeiten entlassen wurde.

Er hatte sich in das Bremienrad eingeschlossen, um den Gehäusen zu betreiben und war dabei der Bremse zu nahe gekommen. Der Mann wurde festgenommen, es zeigte sich aber, daß der Wagen trotzdem von Defers-
helfern betriebsfähig war.

36. Verbandstag der deutschen Dachdecker in Weihen.

Gründung eines Reichsverbandes.

Am 9. und 10. Februar verammelten die beiden Spitzenverbände des Dachdeckerhandwerks, der Innungsband deutscher Dachdeckermeister, die in Berlin mit einer Mitgliederzahl von 3600 und der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister e. V. die in Weihen mit 2800 Mitgliedern ihre Delegierten aus allen deutschen Gauen in Weihen zum 36. Verbandstag deutscher Dachdeckermeister. Etwa 1000 Vertreter nahmen an der Tagung teil. Die Verhandlungen waren von besonderer Wichtigkeit, weil man dem arduen Ziele aufstrebte, einen Reichsverband deutscher Dachdeckermeister durch Verschmelzung der beiden Verbände zustande zu bringen und damit den letzten großen Schritt zu tun zur Wahrung der eigenen berufständlichen Interessen des Dachdeckerhandwerks durch ihre Großorganisation. In einem Referat wurden durch die beiden Verbände die notwendigen Vorarbeiten für den Zusammenschluß in den Wochen vorher geleistet. Die durch den Referat ausgearbeitete Grundvorlage stand nun am Montag in den Tagungen der beiden Verbände (jeder Verband tagte für sich besonders) zur Ausprache.

Auf beiden Tagungen kam der ernste Wille zur Schaffung der Großorganisation zum Ausdruck. Bis auf eine rein formale Besprechungsangelegenheit traten gegen den Gedanken des Zusammenschlusses Bedenken auf beiden Tagungen nicht in Erscheinung. Am Dienstag trafen beide Verbände gemeinsam, um aus der Verhandlung den erstrebten Reichsverband hervorzubringen zu lassen. Den Verhandlungen wohnten bei ein Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums, der Syndikus des Landesauschusses des sächsischen Handwerks sowie der Syndikus der Gewerkschaften Leipzig. Das Stimmverhältnis verhielt sich etwa wie 3:2 für den Innungsband und Zentralverband. Es entspann sich ein heftiger Kampf um den reichlich nebenläufigen Titel der Fachpresse, der mit aller Schärfe geführt einmal sogar zum offenen Bruch führte, so daß die Mitglieder des Zentralverbandes den Verhandlungssaal unter stürmischen Protest verließen. Das große Werk der Einigung drohte an dieser Rippe zu scheitern, doch glückte es schließlich, eine Brücke zum Verstehen zu schlagen, so daß die Verhandlungen fortgesetzt werden konnten. Als Verhandlungsort wurde Berlin einstimmig gewählt, die Sitzungen des Reichsverbandes im bloßen Innungsband und zum geschäftsführenden Vorstand die Leitung der Berliner Innung, Herren Richter (1. Vorsitzender), Kommer (2. Vor.), Gombath (Kassenmeister) gewählt. Die Freude über den gelungenen Zusammenschluß fand im Verlauf des Bundesfestes Ausdruck.

Der neue Reichsverband zeigte zunächst dankbare Anerkennung denen gegenüber, die ihm über die schweren Geburtswehen hinweggeholfen hatten, vor allem den beiden Syndici Weber und Herzog. Der Vorsitzende des bisherigen Zentralverbandes, Obermeister Müller-Neuwied wurde zum Ehrenvorsitzenden des Reichsverbandes ernannt. Weiden bisherigen Vorsitzenden Richter-Berlin und Müller-Neuwied wurden als Aulaten an Weihen kostbare Weihen Vorarbeiten überreicht. In Erledigung einer umständlichen Tagesordnung wurden sämtliche Organisationsfragen geclärt und die notwendigen Beschlüsse dazu gefaßt. Der Innungsfachschule Glaucha werden 2000 Mark jährlicher Zuschuß bewilligt. Ein Antrag, die Mitgliedschaft beim Reichsverband des deutschen Handwerks zu beantragen wird genehmigt, ferner beschloß man den Wiederabschluss eines Kartivertages. Dem nächsten Verbandstage soll eine einheitliche Weiterprüfungsordnung vorgelegt werden. Der Haushaltsplan wurde mit 37700 Mark Einnahmen und Ausgaben genehmigt. Um den deutschen Kollegen in Danzig das Rückgrat im Kampfe um ihr Deutschtum zu stärken, beschloß man die dortige Innung als beitragsfreies Mitglied zu führen. Ein Antrag, die zur Gründung eines Wirtschaftsverbandes wurde mit Mehrheit abgelehnt. Der nächstjährige Verbandstag soll in Köln abgehalten werden. Die altbitorische Stadt Weihen, vor allem deren Dachdeckerinnung hatten alles getan, um den Gästen den Aufenthalt in ihren Mauern so angenehm wie möglich zu gestalten.

Der Reichskanzler in Karlsruhe.

Karlsruhe. (Funktspruch.) Zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Luther, der gestern nachmittag aus Stuttgart hier eingetroffen ist, fand heute morgen beim Staatspräsidenten ein Frühstück im engsten Kreise statt, an das sich eine Sitzung des Staatsministeriums anschloß, der auch der Reichskanzler beizuohnte. Um 11 Uhr fand im Staatsministerium eine Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen vor einem größeren Kreis geladener Persönlichkeiten statt.

Zur Kabinettsbildung in Preußen.

ist, wie uns durch Funktspruch gemeldet wird, Neues nichts zu melden. Es steht die Anregung des Ministerpräsidenten Marx auf Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft noch zur Besprechung. Die deutschnationale Fraktion hat ihren Vorstand zu Donnerstag abend zusammenberufen, um sich mit diesem Vorführ- zu beschäftigen. Fraktionsführungen sind bisher nicht angelegt worden.

Letzte Funktspruch-Meldungen und Telegramme vom 12. Februar 1925.

Heute keine Ausschuffungen.

Berlin. (Funktspruch.) Im Reichstag fanden am Donnerstag vormittag keine Ausschuffungen statt, da die Zentrumabgeordneten aus Anlaß des Krönungstages des Papstes an einem feierlichen Pontifikalamt in der Hedwigskirche teilnahmen.

Antrag der Kommunisten.

Berlin. (Funktspruch.) Die Kommunisten haben anläßlich der Grubenkatastrophe bei Dortmund eine Interpellation eingebracht, in der sie an die Regierung die Frage richten, ob sie gewillt sei, unverzüglich alle Maßnahmen zum Schutze der gefährdeten Bergarbeiter zu ergreifen und ob sie den Ausbau der Rechte der Bergarbeiter zum Schutze von Leben und Sicherheit der Bergarbeiter sichern wolle. Die Interpellation wird auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Reichstages gesetzt werden, ebenso der kommunistische Antrag, der aus dem gleichen Anlaß die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangt.

Coolidge fordert eine Abrüstungskonferenz.

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Washington: Coolidge unterzeichnete den Marinetat, in dem die Forderung einer neuen Abrüstungskonferenz enthalten ist.

Die rumänischen Forderungen.

Berlin. Zu der Nachricht, daß die rumänische Regierung beschlossen habe, gegen Deutschland Zwangsmassnahmen zu ergreifen, erklärt die DFB von unterrichteter Stelle folgendes: Die deutsche Realisation hat bekanntlich

der rumänischen Regierung vor einigen Tagen eine Note überreicht, worin sie ihren Standpunkt in der Hinsichtigkeit der rumänischen Reparationsforderungen darlegte hat. An maßgebender Stelle ist man davon unterrichtet, daß die rumänische Regierung Zwangsmassnahmen gegen Deutschland erwägt, jedoch ist nichts davon bekannt, daß die rumänische Regierung derartige Maßnahmen bereits beschlossen hat, ebensowenig, daß die rumänische Regierung beabsichtigt, ihren Gesandten in Berlin abzurufen.

Ein Schreckensmandat gegen Frau Dr. Döffe.

Berlin. (Funktspruch.) Nach einem Bericht der „Berl. Zeitung am Mittag“ wandte sich gestern ein Unbekannter unter der Angabe, er sei Redaktionsmitarbeiter einer Berliner Zeitung, an die Frau des früheren Postministers Dr. Döffe, der er erklärte, er besitze wirkungsvolles Entlastungsmaterial für ihren Mann und wolle es gegen Erstattung seiner Auslagen von 180 Mk. in seiner Zeitung veröffentlichen. Frau Dr. Döffe lehnte ab, handelte aber im Laufe des Nachmittags nach einigen Telefongesprächen, die der Unbekannte unter falschem Namen mit ihr geführt hatte, den geforderten Betrag aus. Die Staatsanwaltschaft wurde von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

Wiederum eine Menge Sprengstoffe gefunden.

Weine. (Funktspruch.) In einem Hause auf dem Damm wurde vor einigen Tagen eine Menge Sprengstoffe gefunden. Im Zusammenhang damit sind nunmehr einige kommunistische Führer verhaftet worden, darunter der kommunistische Senator Kraß und der erste und zweite Bürgerversteher. Bei dem verhafteten kommunistischen Bürgerversteher Wassermann wurden bei einer Hausdurchsuchung schwere Gelochhübsmündel vorgefunden, die als Bomben hätten Verwendung finden können. Die Verhafteten sind in das Untersuchungsgefängnis nach Hannover gebracht worden.

Aufhebung von Verfügungen der Rheinlandkommission.

Brüssel. Wie offiziell aus Aachen gemeldet wird, hat die Internationalisierte Rheinlandkommission in Ausführung des Londoner Abkommens die Aufhebung einer Reihe von Verfügungen beschlossen. Die Aufhebung soll am 19. Februar in Kraft treten.

Expulsion auf dem Kongress in Grenoble.

Paris. Nach den letzten Meldungen stößt die Aufrechterhaltung der Unterstützung der Regierung Herriot durch den Kongress in Grenoble auf größeren Widerstand, als zu erwarten war. Bei der Abstimmung der Entschließungen hat es sich herausgestellt, daß 3 von den 28 Mitgliedern der Entschließungskommission nicht für einen eindeutigen Text stimmen werden. Deshalb wurde beschlossen, zwei verschiedene Entschließungen, eine der Mehrheitsgruppe und eine der Minderheitsgruppe, dem Kongress vorzulegen. „Journal de Debats“ weist darauf hin, daß 235 der 337 Delegierten auf dem Kongress für die Unterstützung der Regierung seien.

Um die Ursachen des Weltkrieges.

Washington. (Funktspruch.) Der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat den Antrag des Senators Owen angenommen, wodurch die Kausalität des Krieges angeklagt wird, eine unparteiische Zusammenstellung des Tatsachenmaterials zur Frage der Ursachen des Weltkrieges vorzubereiten.

Trauertundegebung im Reichstage.

(Funktspruchmeldung.)

Präsident Loebe eröffnet die heutige Sitzung um 12.30 Uhr und gedenkt des schweren Grubenunglücks auf der Zeche „Winkler Stein“ bei Dortmund, bei dem 126 Bergleute verunglückt sind. Leider müsse man befürchten, daß nur ein kleiner Teil gerettet werden kann. Der Präsident fährt fort: Wir können der Trauer und dem Mitgefühl mit den Angehörigen nur dann würdigen Ausdruck geben, indem wir den Angehörigen die äusseren Lasten zu erleichtern suchen. (Das Haus hat sich von den Klagen erhoben.)

Abg. Jabalsch (Komm.) beantragt die sofortige Bildung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung des Unglücks, damit ähnliche Katastrophen verhindert werden können.

Präsident Loebe bittet angesichts der Majeität des Todes keinerlei Streitfragen aufzurollen und erachtet die Kommunisten, den Antrag erst in der Freitag-Sitzung einzubringen, wenn Räberes über das Unglück bekannt ist. Die Kommunisten sind damit einverstanden.

Die 2. Lesung des Haushaltsplanes wird dann beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt.

Der Reichskanzler begibt sich nach Dortmund.

Karlsruhe. (Funktspruch.) Der Reichskanzler wird heute nachmittag 2 Uhr seinen Besuch bei der badischen Staatsregierung abbrechen und sich an die Stätte des Grubenunglücks bei Dortmund begeben, wo er um 11 Uhr nachts eintrifft.

Karlsruhe. (Funktspruch.) Reichskanzler Dr. Luther hat an den Oberbürgermeister Eichhoff Dortmund folgendes Telegramm geschickt:

„Die Schreckensnachricht von der Katastrophe auf der Zeche Stein hat mich aufs tiefste erschüttert. Sprechen Sie bitte den Angehörigen der Opfer meine herzlichste Teilnahme aus, die ich ihnen sobald wie möglich auch persönlich zum Ausdruck bringen werde.“

100 tote Bergleute geborgen.

Dortmund. (Funktspruch.) Die Zahl der Geborgenen hat sich auf 100 Tote erhöht. Die genaue Ursache der Explosion konnte auch bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Generaldirektor Bergart Funke und Direktor Ruesper sind heute nachmittag nochmals eingefahren. In Dortmund haben die öffentlichen Gebäude halbmaß besetzt.

Bergweilungsaktionen an der Unfallstelle.

Berlin. (Funktspruch.) Wie die Blätter zu dem Unglück auf der Zeche Winkler Stein aus Dortmund melden, ist die Aufregung unter der Bevölkerung ungeheuer. Die Angehörigen der eingekerkerten Bergleute sammelten sich noch während der Nacht vor dem Eingang der Zeche an. Als die ersten Toten geborgen werden konnten, wuchs die Bergweilung der Bevölkerung immer mehr. Die Menge verkehrte sich gewaltig den Weg zum Bedenken. Immer wenn ein Toter von der Unfallstelle nach dem Betriebsgebäude geschafft wird, spielen sich Bergweilungsaktionen ab.

Bermischtes.

Ein amerikanisches Militärflugzeug abgefeuert. Wie der Ratin aus Newport meldet, ist gestern nachmittag ein Militärflugzeug aus 400 Meilen Höhe abgefeuert. Einer der beiden Insassen fand den Tod. Auf einem Maskenfest erschossen. Auf einem Münchener Maskenfest ereignete sich ein tragischer Unfall. Ein Teilnehmer, der in argentinischer Tracht als Farmer dem Fest beiwohnte, richtete im Scherz einen Revolver, von dem er angenommen hatte, daß er entladen sei, auf eine Dame und drückte ab. Ein Schuß ging los und trat die Dame, die tödlich verletzt zusammenbrach. Die Kugel traf noch eine zweite Person, die leicht verletzt wurde. Der Täter, ein junger Landwirt, wurde verhaftet.

Eine Sklavenerrettung in Indien. Geschichten von den Grausamkeiten des Sklavenshandels, die an Onkel Toms Hütte erinnern, wurden von dem Premierminister des Königs von Nepal, dem Maharadscha Sir Chandra Shum Shere Jang in der er feierlich die Abschaffung des Sklavenshandels verkündete. Die erkaunte Welt erzählt daraus, daß in dem Gurkha-Staat an der Grenze Indiens, in Nepal, die Sklaverei noch blühte und daß es dort bei einer Bevölkerung von 5 1/2 Millionen mehr als 51000 Sklaven gab, die das Eigentum von über 15000 Herren sind. Der Maharadscha gab in seiner Rede, die er in der Hauptstadt Khatmandu hielt, erschütternde Beispiele von den Leiden der Sklaven. „Der Sklavenshandel“, sagte er, „ist eine von jenen Einrichtungen, auf denen der Fluch des Himmels ruht, ein Handel, der beladen ist mit den Tränenströmen von Eltern und Kindern. Man stelle sich Familientragödien vor, wie sie hier an der Tagesordnung sind. Da ist z. B. eine glückliche Sklavensfamilie, die aus Vater und Mutter, einem sechsjährigen Töchterchen und einem Knaben besteht, der noch an der Mutter Brust liegt. Ihr Eigentümer verkauft sie; die Mutter mit dem Kind an der Brust wird von dem Vater und dem Töchterchen getrennt, und das Glück aller ist zerstört. Oder: Eine Sklavensfamilie hat sieben Kinder, und trotz ihrer Bitten und Beschwörungen verkauft der Herr das Kind von der Brust, brach sie zusammen; sie sieht den hartherzigen Herren an mit einer solchen Inbrunst, wie sie nur eine Mutter kennt, die um ihre Kinder kämpft, aber es gelang ihr nicht, das Herz des Eigentümers zu erweichen. Erst als sie sich an die Regierung wandte, wurde das Geld aufgebracht, durch das die Kinder zurückgekauft und ihr wieder übergeben werden konnten. Die Regierung von Nepal verbietet jeden weiteren Handel mit Sklaven und stellt ihn unter strenge Strafen. Die Sklaven, die es jetzt noch gibt, werden zum Teil von der Regierung aufgekauft und befreit; die anderen dürfen von ihren Besitzern nicht weiter verkauft, sondern nur noch eine bestimmte Zeit behalten und müssen dann befreit werden.“

Etwas vom Zahlungsbehl.

Wer von einem anderen Geld zu bekommen hat, kann, anstatt eine Klage zu erheben, einen Zahlungsbehl gegen den Schuldner beantragen. Das ist namentlich dann zum Vorteil, wenn man annehmen kann, daß der Schuldner keine Einwendungen gegen die Ansprüche des Gläubigers machen wird. Den Antrag auf Erlass eines Zahlungsbefehles muß der Gläubiger bei dem Amtsgerichte stellen, in dessen Bezirk sein Schuldner wohnt. Natürlich ist es selbstverständlich, wenn z. B. unter Kaufleuten, Erlösungsort für Forderung und Zahlung nicht „Erlöse“ vereinbart ist, daß gegen den Schuldner, der sich mit der Zahlung in Verzögerung befindet, der Zahlungsbehl bei dem Amtsgerichte beantragt wird, in dessen Bezirke der Gläubiger seinen Wohnsitz hat. Anzugeben ist dabei außer Namen, Stand und Wohnort der Parteien der Geldbetrag, der verlangt wird, und die Tatsachen, auf denen die Forderung beruht. Rechtsens werden hierzu Bordrude (Formulare) benutzt, welche in größeren Buchhandlungen zu haben sind.

Das Gericht erläßt den Zahlungsbehl, indem es den Schuldner auffordert, binnen drei Tagen bzw. einer Woche (bei Wechselzahlungsbehlen in 2 Tagen) den Betrag (nicht Zinsen) an den Gläubiger zu zahlen oder in derselben Frist nach Zustellung des Zahlungsbefehles Widerspruch zu erheben. Für die Zustellung an den Schuldner sorgt das Gericht.

Die Aufforderung in dem Zahlungsbehle, binnen einer Woche (3 oder 2 Tagen) zu bezahlen oder Widerspruch zu erheben, wird nun oft fälschlicherweise so verstanden, daß entweder die Bezahlung oder der Widerspruch erfolgen müßte, sobald z. B. einem Schuldner, der bezahlen will, aber kein Geld hat, nichts anderes übrig bleibe, als Widerspruch gegen den Zahlungsbehl zu erheben. Das ist also nicht an dem. Im Gegenteil es wäre falsch, wenn der Schuldner in einem solchen Falle Widerspruch erheben würde, denn er machte sich nur unnötige Kosten. Wer die im Zahlungsbehle angegebene Forderung anerkennt, der bezahle entweder in der angegebenen Frist an den Gläubiger bzw. an dessen Prozeßbevollmächtigten oder lasse die Sache ihren weiteren Lauf gehen, erhebe aber keinen Widerspruch. Wenn der Schuldner bezahlen will, so hat er die eigentliche Forderung evtl. Zinsen und die durch den Zahlungsbehl entstandenen Kosten an den Gläubiger abzuführen. Will der Schuldner Widerspruch erheben, so kann er das mündlich oder schriftlich unter Angabe des Aktenszeichens bei dem Gerichte anbringen, das den Zahlungsbehl erlassen hat. Von der Erhebung des Widerspruchs wird der Gläubiger vom Gerichte benachrichtigt.

Wenn seit der Zustellung des Zahlungsbefehles an den Schuldner die darin genannte Frist verstrichen ist und der Schuldner weder bezahlt noch Widerspruch erhoben hat, so kann der Gläubiger den Zahlungsbehl bei dem Gerichte für vollstreckbar erklären lassen d. h. es kann nach Zustellung desselben an den Schuldner sofort die Zwangsvollstreckung (Pfändung) vorgenommen werden. Das kann er auch mündlich tun, in allen Fällen ist aber schriftlich besser. 6 Monate nach Ablauf der in dem Zahlungsbehle angegebenen Zahlungs- oder Widerspruchsfrist kann der Antrag nicht mehr gestellt werden. Auf jeden Fall ist es auf den Antrag bald nach Ablauf der Woche zu stellen. In alles in Ordnung, so erklärt das Gericht den Zahlungsbehl durch den sogenannten Vollstreckungsbehl für vollstreckbar und läßt den Vollstreckungsbehl dem Schuldner zustellen; dann erhält der Gläubiger diesen mit der Zustellungsurkunde wieder zurück. Weil der Vollstreckungsbehl dem Versäumnisurteile gleichsteht, so kann der Gläubiger sofort mit der zwangsweisen Beitreibung seines Anspruchs beginnen.

Wenn der Schuldner rechtzeitig Widerspruch erhoben hat, muß der Gläubiger die Sache weiter treiben, wenn er zu seinem Gelde kommen will. Das Gericht bestimmt nun einen Termin zur mündlichen Verhandlung, womit die Sache zum eigentlichen Prozeß übergeht.

Es wird sich hier und auch mit Erlass des Zahlungsbefehles, falls der Schuldner die Sache nicht allein machen will, empfehlen, die Sache einem Rechtsanwalt zu übergeben, der die Sache auf Antrag des Gläubigers bis zur endgültigen Erledigung weiterbetreibt.

Willy Rammisch-Rindsch.

**U. T.
Goethestraße 102.**

Nur noch heute Donnerstag und Freitag
Senny Worten in:

Mutter und Kind.

Sonnabend bis Montag der deutsche
Albertini-Großfilm:

Mister Radio.

Hauptrolle: Luciano Albertini.
Vorführungen 7 und 9 Uhr.
Sonntag ab 1/3 Uhr Jugendvorstellung.

**Zentraltheater
Gröba.**

Heute letzter Tag:

**Die vier Ehen des
Matthias Merenus.**

Freitag — nur einen Tag:

Mister Radio.

Sonnabend bis Montag Senny Worten
in Gröba in ihrem herrlichen Filmwerk

Mutter und Kind.

Allen, die dieses Werk noch nicht gesehen
haben, ist hieran Gelegenheit geboten.
Derart. Werke gibt es nur selten. Darum
auf nach Gröba zu Mutter und Kind.

Vorführungen 7 und 9 Uhr.
Sonntag ab 1/3 Uhr Jugendvorstellung.



Freitag abend 8 Uhr spricht

**General
Litzmann**

im Wettiner Hofe.

Meß-Abzeichen-Verkauf
bei Wilh. Frenzel Nachf., Niederlagstraße 6.

**Literarische Vereinigung
an der
Oberrealschule zu Riesa.**

Montag, 23. Febr. 1925, abends 8 Uhr
im Höpner-Saal

3 Rokoko 3

Ein Theaterabend

Stefan Zweig
Der verwandelte Komödiant
Job. Wolfgang von Goethe
Die Geschwister

Karten num. zu 1.50 Rm und 1.— Rm
in der Buchhandlung Munkelt

Bindegarne
für Selbstbilder, Nähmaschinen,
Strohpressen empfiehlt billigst
Max Bergmann, Seilermeister.

Saatkartoffeln

Frühe rote Rosen Weiße Nissen
Hutodate Industrie
Teobara Barnassia

alles Polener Sandware
empfehlen wir und zentnerweise
H. Grubbe, Bismardstr. 35a, Tel. 652.

Ich bin befreit

von allen Hautkrankheiten und Hautausschlägen, wie Sülzchen,
Flecken, Pickeln, Hautjucken usw. durch 14-täg. Gebrauch der echt in
Friedensdorf-Terschwefel-Salbe
Überall zu haben.
von Bergmann & Co., Radelbeil.

Reichsapothek, Anker-Drogerie Fr. Wättner, Central-Drogerie C. Förster, Medizinal-Drogerie H. W. Dennike, Parfümerie Rudolf Blumenstein, F. W. Thomas & Sohn, Seifen-Spezial-Geschäft, Dr. Arnold, Stadt-Apothek.

**Wechselkredite
für die Landwirtschaft.**

Für die Frühjahrsfeldbestellung, insbesondere
zum Ankauf von Düngemitteln und Saatgut, helfen
wir der Landwirtschaft die erforderlichen Betriebs-
kredite, gegen 3 Monatswechsel zu 12% pro Jahr,
zur Verfügung. Eine Verlängerung der Wechsel bis
nach Einbringung der Ernte, jedoch keinesfalls über
den 31. Oktober 1925 hinaus, wird in Aussicht gestellt.

Diesem Landwirte, die den Wechselkredit in
Anspruch nehmen wollen, erlauben wir, unter Vor-
legung vollständig nachgetragener Grundbuchauszüge,
Rechtsstandsverzeichnisse, Brandfallenscheine und einer
Zeichnung des Finanzamtes über berücksichtigten
Wechselbeitrag für ihre Güter, sofort bei uns vor-
zusprechen.

Nach dem 20. Februar 1925 einreichende Gesuche
können nicht mehr auf Berücksichtigung rechnen.

Stadtbank Riesa

— Stadtbankstraße —, am 12. Febr. 1925.

KONZERT

Elbtterrasse, Freitag, 13. Febr., 8 Uhr.

Juanita Norden (Violine)
Karl Rinnert (Bariton)
Frau Dr. Engelhardt (Klavier).

Lieder v. Brahms, Hugo Wolf usw.
Violin-Soli v. Reyer, Beethoven usw.
Klavier-Soli v. Schumann u. Chopin.
Karten zu 2 M. bei Iller, Hauptstraße 79
und an der Abendkasse.

**Oberammergauer
Passionsspiele**
in Lichtbildern

Die naturgetreuen Vorstellungen der weltberühmten
finden am Sonnabend, den 14. Februar, in der
Kirche zu Hof und Sonntag, den 15. Februar,
in der Kirche zu Blotwitz

statt. Die Vorstellungen haben bereits in weit
über 100 und buchstäblich überfüllten Gotteshäusern
stattgefunden. Niemand sollte veräumen, sich diese
ergreifenden Bilder anzusehen. Jedermann wird
einen unverlöschbaren Eindruck davon mit nach
Hause nehmen.
Eintrittskarten für Erwachsene 60 Pfg.
— Kinder 30 Pfg. —
im Vorverkauf und am Eingang der Kirche.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.
Nur hierdurch die traurige Nachricht, daß nach kurzem, aber
schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden heute mittag um
2 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter,
Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Henriette Tinius geb. Menzel

im Alter von 54 Jahren sanft entschlafen ist. In tiefster Trauer
Gustav Tinius
Curt Tinius und Frau
nebst allen Verwandten.

Beerdigung findet Sonnabend nachm. 1/3 Uhr v. Trauerhause aus statt.

Gestern früh 7/7 Uhr entschlief nach schwerem Leiden unsere
liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante, die Gutsauszügerin, Frau

**Agnes Ida verw. Hödel
geb. Berger**

im 61. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an
die trauernden Kinder.

Zeithain, am 12. Februar 1925.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 1/3 Uhr statt.

Statt Karten.
Gestern nachmittags 1/6 Uhr entschlief sanft und ruhig meine
liebe Frau, unsere gute Mutter

Frau Martha Engel

geb. Schmiedecke.
Riesa, den 12. Februar 1925. In tiefer Trauer
Carolastraße 13. Emil Engel
Werner Engel
Herbert Engel
zugleich im Namen
sämtlicher Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. Februar 1925,
nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir dankend absehen zu wollen.

**ff. Seefische
frisch auf Eis.
Ernt Schärer Nachf.**

**Gasthof Sageritz
Sonntag, den 15. Februar
Ballmusik.**

Anfang 1/7 Uhr
woszu ergebenst einladet
Mar Wolf.

**Musikvor Robeln.
Sonabend, den 14. Febr.
Musikball
im Gasthof Prausitz.**

Gäste willkommen.

**Elbtterrasse
Sonntag 4 u. 8 Uhr**



Alles wippt! Alles wuppt!
3 Stunden lachen, lachen,
nichts als lachen!

15. 2. 25
nachm. 2 Uhr
Stift.-Fest m. T.

Für die uns anlässlich
unserer Vermählung dar-
gebrachten Glückwünsche
und Geschenke sagen aus-
drücklich im Namen unserer
Eltern
herzlichsten Dank.
Mar Winkler u. Frau
Lina geb. Niesel.
Klein-Riedera Gröba
Februar 1925.

Bereinsnachrichten

Techtschule Riesa. Freitag 8 Uhr Ausdauß Stern.
Sauball N. D. Damen Versammlung am 12. 2.
bei Waleck, betr. Spiele.
Gröba, Kirchengemeinde. Freitag abend 7 Uhr im
Konfirm.-Saal öffentl. Kirchengemeinde. Vertr. Sib.
Sundstr. Sonnab. 14. Febr. 8 Uhr Verh. Burg.
Saubesitzer-Verein Christl. Weiba. Sonntag,
15. 2., nachm. 3 Uhr Veriammi. Galtb. Wäitber.

Landwirte

können aus Mitteln der Rentenbank
kurzfristige Kredite zu 12 v. H. auf
9 Monate zur Beschaffung von Saatgut,
Düngemitteln und ähnlichen Wirt-
schaftsbedürfnissen erhalten. Wir ver-
mitteln solche Kredite und erboten
uns zur Erteilung näherer Auskunft.

Riesaer Bank Akt.-Ges.

Chorvereinigung Riesa-Gröba

— W. d. H. S. S. —
Sonnabend, den 14. Februar 25, Gasthof „Gröbe“
3 Fastnachtsball. 3
Geladene Gäste herzlich willkommen.
Anfang 7 Uhr. Die Kommission.

Grüne Aue, Gröba.

Sonnabend, 14. Sonntag, 15. 2.
Bockbierfest
mit humoristischem Abend. Aus-
treten der beliebten Komiker Arthur
Schmidt und Joseph Fohrbender.
Alles muß lachen.
Verachtet einmal den Ernst der Zeit,
für lacht Euch tot um jeden Preis.
der Wirt.
Es ladet erachtet ein

Gasthof z. Anker, Riesa.

Sonnabend, 14., Sonntag, 15. Februar
Bockbierausschank.
ff. Bodwürstchen. ff. Pfannkuchen.
— Nettich gratis. —
Dazu laden erachtet ein
Paul Wustlich und Frau.

Gute Quelle, Heyda.

Sonnabend, Sonntag und Montag
großes Bockbierfest
mit musikalischer Unterhaltung in
festlich decorierten Räumen.
ff. Bodwürstchen, Bratwurst mit
Sauerkraut, sowie div. warme und
kalte Speisen. ff. Riesaer Doppel-
bockbier Ausschank.
Um gütigen Zuspruch bitten und laden ein
Alfred Böhme und Frau.

Infolge Todesfall bleibt mein
Geschäft Sonnabend, 14. 2. 25
geschlossen.

**Fa. Martha Engel, Wettner-
straße 8.**

Heimgeliebt vom Grabe unserer lieben
Entschlafenen, Frau
Hulda Schubert geb. Gailtzech
sagen wir allen denen, die der lieben Ver-
storbenen durch Blumenschmuck, Schrift
und Geleit die letzte Ehre erwiesen, unsern
innigsten Dank. Besonderen Dank den
Angehörigen und Arbeitern der Firma
Heine & Co. für ihre herzlichste Spende und
Herrn Pfarrer Schroeter für die trostreichen
Worte am Grabe.
Riesa-Gröba, Herzdorfer Str. 20.
Wilh. Schubert und Kinder.

Heute nacht verschied nach kurzem,
schwerem Krankenlager mein lieber Mann,
unser guter Vater, Schwiegervater, Groß-
vater und Onkel

**Herr Privatus
Ernst Kretzschmar**

Inhaber des Albrechtskreuzes
und verschiedener Ehrungen.
In tiefem Weh Familien Kretzschmar.
Riesa, Sobland, 12. 2. 25.
Beerdigung findet Sonnabend 1 Uhr
von der Friedhofshalle aus statt.

Eine stürmische Reichstagsitzung.

von Berlin, 11. Februar 1925.

Wirth und Schmidt zum Dimmelsbachskandal.

Am Regierungstische: Kommissare. Präsident Voëbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Herr Dr. Wirth (Zentr.), der sich gegen Veröffentlichungen des „Tag“ wendet, in denen der frühere Reichskanzler Wirth mit den Geschäftlichen der Firma Dimmelsbach in Verbindung gebracht wird. Der Redner stellt fest, daß nach seinen Erkundigungen beim Gerichtsvorstandenden der Name Wirth oder irgendwelche Beziehungen seiner Person zur Firma Dimmelsbach während des ganzen Prozesses überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind. (Stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte.) Trotz dieses Tatbestandes habe der „Tag“ seinen Namen vor die Öffentlichkeit gezerrt. Der Redner erklärt weiter, daß er in der fraglichen Zeit überhaupt kein öffentliches Amt bekleidet habe, auch der jüngste Geserlehrling einer kleinen Vorortzeitung hätte das Auftritte der Behauptungen des „Tag“ durchschauen können. (Lebhafter Zustimmung.) Nachdem vom Gericht diese Feststellung getroffen wurde, erklärte der „Tag“, daß mit dem Ausbruch „Reichskanzler“ nicht Dr. Wirth, sondern der damalige Reichskanzler Cuno gemeint sei. (Weiterkeit.) Der „Tag“ fügt dann hinzu, angelehnt der Tatsache, daß die geschäftlichen Beziehungen Wirths mit der Firma Dimmelsbach bekannt seien, läge es nahe, ihn und nicht einen anderen Reichskanzler als Quelle der Informationen der Firma Dimmelsbach zu bezeichnen. (Stürmisches Pfuirufe und große Erregung links und in der Mitte.) Das Verhalten des „Tag“ müsse als politische und moralische Korruption bezeichnet werden, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. (Zustimmung links und in der Mitte.) Der Redner stellt dann weiter fest, daß auch Cuno mit der Sache nichts zu tun haben könne, da er zu keiner Zeit ebenfalls schon aus dem Amte geschieden sei. (Erneutes stürmisches Hört! Hört!) Sein Nachfolger war Stresemann. Der Redner bezeichnet dann alle Verwirrungen, die über ein geschäftliches Zusammenarbeiten zwischen ihm und der Firma Dimmelsbach erhoben worden seien, als unzutreffend, ebenso die Behauptung über vermandtschaftliche Beziehungen. Auf der rechten Seite die Klage zum politischen System zu werden. (Stürmisches Zustimmung links und in der Mitte, Unruhe rechts.) Zu einer weiteren Erklärung erhält dann der frühere Reichswirtschaftsminister

Herr Schmidt

(Soz.) das Wort. Der Redner geht ein auf Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ und des „Tag“ im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister. Er stellt fest, daß die Einfuhr eines größeren Quantums Butter durch die Firma Barmat ohne sein Zutun erfolgte. Der Wirtschaftsminister habe selbstherrlich überhaupt keine Einfuhrgenehmigung geben können. Aus den Akten ergebe sich auch nicht das Geringste über eine persönliche Rücksprache mit Barmat, aus der sich erkennen ließe, daß irgendwelche Bevorsugung der Firma Barmat eingetreten sei. Der Vorwurf der „Deutschen Tageszeitung“ sei eine niederträchtige Lüge. (Zustimmung links.) Die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß ein Teil der Gewinne an dem Buttergeschäft in sozialdemokratische Partikassen geflossen sei, werde von der Staatsanwaltschaft nachzuprüfen sein. Es werde sich herausstellen, daß hinter dieser Behauptung ein elender Verleumdung stehe. Der Redner stellt fest, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bereits seit mehreren Tagen im Besitz seiner Erklärung sei und trotzdem behauptet habe, daß er sich zu den Anschuldigungen bisher nicht geäußert habe. Ein solches Verhalten könne man nur als ganz verächtliche Handlungsweise bezeichnen. Der Redner stellt dann gegenüber Behauptungen des „Tag“ fest, daß er nie an irgendwelchen Diners, die Barmat gegeben habe, teilgenommen habe. Er gehe seit 1893 dem Reichstage an und wisse, daß im politischen Leben die Leidenschaftlichkeit der deutschnationalen Presse für ihn noch nicht begegnet. (Lebhafter Zustimmung und Beifall links.)

Herr Dr. Fried (Nat.-Soz.) beantragt, daß als erster Punkt der Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Hrn. Lange-Hegemann auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt würde. Es sei merkwürdig, daß eine Partei, deren Vertreter in so großen Worten eben gesprochen hat... (großer Lärm und stürmische Pfuirufe beim Zentrum.)

Präsident Voëbe teilt mit, daß bisher ein solcher Antrag von der Staatsanwaltschaft dem Reichstage nicht zugegangen sei. (Hört! Hört! rechts.)

Der Hrn. Dr. Fried (Nat.-Soz.) verläßt die Rednertribüne unter lebhaften Pfuirufen der Linken. Der Lärm dauert noch mehrere Minuten an.

Das Haus tritt darauf in die Beratung der Tagesordnung ein und legt die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums mit der

Ausprache über das Siedlungswesen

fort. **Herr Dr. David** (Soz.) fordert, daß jeder Besitzer das über 3000 Morgen landwirtschaftlich genutzten Bodens überschneidende Land an das Reich abtritt. Das Reichsiedlungsgesetz öffne der Verschleppung der Siedlungsarbeit Tür und Tor. Das Pachttutgesetz müsse zu Gunsten der kleinen Besitzer geändert werden. Die Felderfläche sei heute noch ebenso groß wie ganz Bayern.

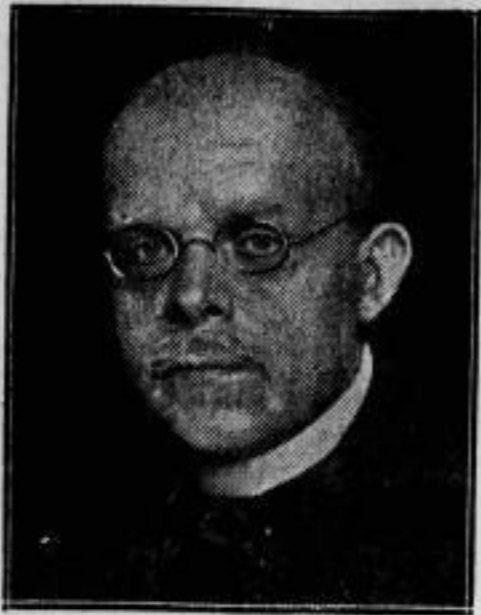
Herr Ohler (Dnat.) spricht der Sozialdemokratie das Recht ab, für die Bauern zu sprechen, und fragt, was sie denn für die Bauern geleistet habe, als sie die Macht besaßen. Selbst die 2000 Hektar, die man für die Flüchtlinge an Siedlungsland gebraucht, seien nicht aufzutreiben gewesen. Wo sollte man da jetzt noch mehr Siedlungsland hernehmen?

Herr Rönneburg (Dem.) bezeichnet die Ergebnisse der Siedlungsarbeit als keineswegs befriedigend. Die Öffentlichkeit müsse von der gewaltigen nationalen Bedeutung der Siedlungspolitik überzeugt werden. Der Redner fordert Reichsmittel für Kredite an die Siedlungsvereine und Vorlegung einer Denkschrift, um festzustellen, was bisher auf dem Gebiet der Siedlung geleistet worden sei. Der Redner wünscht ferner eine Neuordnung des Pachttutgesetzes.

Herr Behrens (Dnat.) führt die Notlage der Kleinrentnergesellschaften auf die allgemeine Kreditnot zurück und fordert staatliche Hilfe. Es fehle nicht an Land und nicht an Siedlern, es fehle nur an Geld. Selbst bei freier Vergabe von Land seien Siedlungen nicht durchzuführen gewesen.

Herr Ende (Wirtsch. Vereinig.) warnt davor, in den Siedlern zu große Hoffnungen zu erwecken. Man müsse darauf hinarbeiten, daß die Siedler Selbstversorger werden. Damit schließt die Siedlungsdebatte. Die Erörterung wendet sich

sonstigen sozialen Maßnahmen



Zur Wahl des früheren Reichskanzlers Dr. Marx zum vereinzelt Ministerpräsidenten.

Ergebnislose Verhandlungen Dr. Marx mit den preußischen Rechtsparteien.

Berlin, 12. Februar. Ministerpräsident Marx hat die Verhandlungen mit den Führern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über die Regierungsfrage in Preußen bereits nahezu vollendet. Wie wir hören, sind diese Verhandlungen völlig ergebnislos geblieben. Die Bemühungen des neuen Ministerpräsidenten sind nunmehr darauf gerichtet, die Wirtschaftspartei zur Neutralität gegenüber dem zu bildenden Ministerium zu veranlassen. In einem solchen Falle hätte das Ministerium eine parlamentarische Mehrheit von zehn Stimmen gegenüber der Gesamtopposition. Die Meldung der deutschnationalen Presse, wonach mit Rücksicht auf die Deutschhannoveraner die Abberufung des Oberpräsidenten Roske in Aussicht genommen sei, wird von den preußischen amtlichen Stellen mit schärfstem Nachdruck dementiert.

Die Deutsche Volkspartei gegen Severing.

Berlin, 12. Februar. In Preußen geht der Kampf zwischen den bisherigen Regierungsparteien und der Rechtsopposition auch nach der Wahl des Ministerpräsidenten Marx weiter. Wie wir hören, ist man in den Kreisen der volksparteilichen Landtagsfraktion einmütig der Überzeugung, daß die Wiederberufung Severings als Innenminister für die rechtsbürgerlichen Parteien untragbar ist und daher ein Verharren in der Opposition geboten wäre. Man steht daher auch auf dem Standpunkt, daß nach der Neubildung der Regierung sich die Opposition der Rechtsparteien ausschließlich gegen Severing richten wird. Die Bemühungen, die Wiederkehr Severings zu verhindern, haben bisher nicht zum Erfolge geführt, da das Zentrum und Dr. Marx sich schüßend vor ihn gestellt haben.

Die Demokraten für Severing.

Berlin. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die demokratische Fraktion dem Ministerpräsidenten Marx in der letzten Verhandlung mit diesem erklärt, daß sie auf der Beibehaltung Severings bestehen möchte und dem Anspruch der Sozialdemokratischen Partei auf mindestens zwei Ministerposten im Kabinett anerkenne, sowie daß sie in dem Abgeordneten Dr. Vöcker für das Kultusministerium einen Vertreter ihrer Partei nicht erblicken könne.

Herr Frau Juchacz (Soz.) warnt vor Experimenten in der Fürsorgepolitik. Die ganze private Wohlfahrtsorganisation müsse der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstellt werden.

Herr Frau Müller-Litke (Dnat.) empfiehlt vor allem die vorübergehende Fürsorge und fordert ein allgemeines Wohlfahrtsgesetz. Sie rühmt die Tätigkeit der Diakonissen und der Wohlfahrtspflegerinnen und fordert deren materielle Beförderung. Die Fürsorgekosten sollten so erhöht werden, daß sie ein Existenzminimum bieten.

Herr Frau Dr. Wag (DVP.) lehnt die Ueberführung der Einrichtungen der privaten Fürsorge auf die Gemeinden oder den Staat ab. Die freie Hilfsfähigkeit müsse erhalten bleiben. Die Schematisierung durch Staat oder Gemeinden wäre vom Uebel. Die angeheulenen Wohlfahrtspflegerinnen sollten besser geholt werden. Die Rednerin beantragte Hilfsmaßnahmen für die Fürsorgepflüger, die durch die Inflation ihr Geld verloren haben.

Herr Frau Dr. Lüders (Dem.) verlangt, daß das Reich aufmerksam darüber wache, wie Länder und Gemeinden die Bestimmungen über die Fürsorgepflicht ausführen. Die Rednerin fordert, daß den Fürsorgepflegerinnen die Beamtenvergütung mit Urlaub zugesichert werde.

Herr Frau Krensch (Dem.) bezeichnet die Fürsorgepflichtverordnung als eine unerhörte Maßnahme gegen 5 Millionen Hilfsbedürftige und fordert ihre schleunige Beseitigung.

Herr Frau Lenz (Str.) bittet dringend, auf dem Fürsorgegebiet alle parteipolitischen Erwägungen auszuschalten. Sie empfiehlt, alle Anträge in einem Ausschuss zu behandeln. Öffentlich werden sie dann bald eine freundliche Aufzeichnung im Plenum erleben. Es wäre ungerat, wenn die staatlichen und städtischen Anstalten große Vergünstigungen und den Vorrang vor den privaten genießen. Die Konfessionslosigkeit der privaten Wohlfahrtsarbeit müsse man unter den heutigen Verhältnissen doppelt unterstreichen. Das Zentrum werde immer praktische Sozialpolitik treiben.

Herr Nimm (Dnat.) hält es für notwendig, daß angesichts des großen Glucks alle Parteien zusammenheben. Die Kommunisten sollten doch ihre Agitationsreden wenigstens bei diesen Gegenständen unterdrücken. Im evangelischen Volksteil wirken 40000 Diakonissen und Diakoninnen. Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Das Haus vertagt sich.
Donnerstag 12 Uhr Weiterberatung
Schluß nach 7 Uhr.

Der Reichskanzler in Stuttgart.

Stuttgart. Anlässlich des Besuchs des Reichskanzlers bei der württembergischen Staatsregierung fand gestern nachmittags im Weißen Saal des Residenzschlosses ein geselliges Zusammensein statt, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, mit geladenen Gästen aus allen Berufsständen Fühlung zu nehmen. Es waren etwa 400 Personen erschienen, darunter sämtliche Minister, die Spitzen der Reichs- und Landesbehörden, der Reichswehr, der Stadt Stuttgart, der Geistlichkeit, sowie füh-

rende Männer aus Handel, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, Kunst und Wissenschaft und Vertreter der Berufsorganisationen. Gegen 5 Uhr erwidert der Reichskanzler, begleitet vom Staatspräsidenten und den Herren der beiderseitigen nächsten Umgebung. Die Anwesenden begrüßten den Reichskanzler durch Erheben von den Sitzen. Eine Schaar junger Mädchen in ländlicher Tracht betrat den Saal und überreichte dem Reichskanzler durch die Sprecherin mit liebenswürdigen Worten einen Blumenkranz. Bald darauf begrüßte Staatspräsident Bazille den Reichskanzler herzlich namens des württembergischen Landes.

Reichskanzler Dr. Luther

erwiderte, daß er auch in seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt Gien die Erfahrung gemacht hätte, daß die Liebe für die Reichshauptstadt nicht überall gleichmäßig entwickelt sei, daß es sich dabei jedoch nur um kleine Störungen gehandelt habe. Die Tendenz, auf der die gegenwärtige Reichsregierung aufgebaut sei, sei eine Rechtsregierung und als solche ja doch die eigentlich in Betracht kommende Regierungsform für den parlamentarischen Staat. Wohl könnte man auch gelegentlich mit einer Minderheit regieren, aber die schweren Aufgaben, die jetzt im Reich zu lösen seien, müßten auf der festen tragfähigen Grundlage einer Regierungsmehrheit gelöst werden. Im parlamentarischen System gehöre zwar auch zur Mehrheit auf der einen Seite, die parlamentarisch geführte Opposition auf der anderen. Aber wir bleiben darum doch ein einheitliches Volk. Die Tendenz der Regierung, die der Kanzler zu führen hat, wird immer sein, für die bevorstehenden schweren Entscheidungen auch in der Innenpolitik eine so breite Grundlage aufzubauen zu bringen, die alle staatsbeherrschenden Kräfte — und der große überwältigende Teil des deutschen Volkes besteht aus solchen — miteinander vereint. Der Kanzler erinnerte dann an einen Vortrag, den er auf dem deutschen Städtetag in Stuttgart gehalten habe und an seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Städtetages, in der er etwas lernen gelernt habe, was für ihn zur Richtschnur geworden sei. Er habe erlebt, daß wir als deutsches Volk eine Kraft nach außen und innen nur darstellen können, wenn wir uns zu einer klaren Einheit zusammenschließen. Um diese Einheit zu erzielen, werde man die Kräfte, die in den einzelnen Teilen Deutschlands als im gewachsenen Boden unseres politischen Lebens vorhanden seien, nicht ungenutzt lassen. Darin liege die Antwort auf die an ihm vom Staatspräsidenten gestellten Fragen über das Verhältnis des Reiches zu den Ländern. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Reichskanzler auf das kulturelle und wirtschaftliche Leben Württembergs zu sprechen, wobei er an die ehrenwürdige Gestalt des Grafen Jepselin erinnerte. Zum Schluß betonte der Kanzler, daß für ihn das Denken an das Ganze, an eine feste Zukunft als einziges deutsches Volk im Vordergrund stehe.

Er schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland. Die Rede des Reichskanzlers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Höfles Schuldregister.

Die fünf Anklagepunkte.

Berlin. Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle ist in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Zur Verhaftung führte die Nachprüfung folgender Vorwürfe:

1. Daß sich Dr. Höfle von dem Barmat-Konzern 120000 Goldmark Kredit geben ließ. Dieser Kredit soll inzwischen wieder abgetragen sein. Höfle selbst betrachtet die Angelegenheit als reines Privatgeschäft, während die Staatsanwaltschaft hierin eine Bekehrung für den nachweisbar vom Reichspostministerium dem Barmat-Konzern gewährten Kredit von 5 Millionen Goldmark erblickt.

2. Dr. Höfle erwarb im Februar 1924 gemeinsam mit seinem Fraktionsgenossen Dr. Bell ein Grundstück in einem Berliner Vorort. Dr. Bell trat gleich danach aus persönlichen Gründen seinen Anspruch auf dieses Grundstück an Dr. Höfle ab, der nunmehr genötigt war, es allein zu übernehmen. Ende 1924 ließ Dr. Höfle auf dieses Grundstück eine Hypothek von 100000 Goldmark zu relativ günstigen Bedingungen eintragen. Diese Hypothek kamme aus einem Unternehmen, das dem bekannten Michael-Konzern angegliedert ist. Der Michael-Konzern erhielt nach der Stabilisierung der deutschen Mark vom Reichspostministerium sehr erhebliche Kredite.

3. Dr. Höfle hat in seiner Eigenschaft als Minister der besetzten Gebiete ohne Wissen dieses Ministeriums 2 Millionen Goldmark vom Reichspostministerium Abteilung München für „Zwecke des besetzten Gebietes“ angefordert. Die Verteilung dieser Summe sollte durch den Zentrumsgesandten Lange-Hegemann vorgenommen werden. Der Abgeordnete Lange-Hegemann behauptet, keine Bindung an die Reichspost eingegangen zu sein, wonach diese Gelder, die, wie er sagte, aus öffentlichen Mitteln stammten, für die besetzten Gebiete verwendet werden sollten, während Höfle dabei bleibt, daß er Lange-Hegemann ausdrücklich darauf hingewiesen habe. Der Abgeordnete Lange-Hegemann hat zum mindesten Teile dieser 2 Millionen zur Erlangung von Aktienmehrheiten in verschiedenen Industrieunternehmen verwendet.

4. Ein Beauftragter der Mannesmann-Gesellschaft warnte Dr. Höfle vor der Weiterüberlassung der Millionenkredite an die Depositions- und Handelsbank. Dieran schloß sich eine Besprechung zwischen Dr. Höfle und maßgebenden Persönlichkeiten der Depositions- und Handelsbank, deren Resultat war, daß die Kredite nicht zurückgezogen wurden und dem Minister Höfle ausweislich der Bücher der Depositions- und Handelsbank ein Betrag von 30000 Goldmark überwiesen wurde.

5. wird gegen Höfle der Vorwurf erhoben, daß er Beträge erhalten habe, die als Parteigelder verbucht worden sind. Die Zentrumspartei selbst hat bisher keine Kenntnis über die Art der Verwendung dieser Gelder. Diese angeführten Vorwürfe fallen unter die Paragraphen 332 und 333 des Strafgesetzbuches. Bekehrung wird nach § 332 mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Dr. Höfle hat die Berliner Rechtsanwälte Dr. Alsborg und Dr. Pindar mit seiner Verteidigung beauftragt.

Höfle will für Aufhebung der Haft eine Ration stellen.

Berlin. Der verhaftete Postminister a. D. Höfle hat um die Aufhebung des Haftbefehls ersucht und eine Ration in bedeutender Höhe angeboten. Da Höfle wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe in Haft genommen ist, und ferner Verdunkelungsgefahr besteht, so ist an ein Stattgeben nicht zu denken. Schmerzlich ist die Tatsache, daß Höfle vor Eintritt des Ministerpostens nahezu mittellos war und noch Schulden hatte, während er heute bedeutende Bankguthaben, die bis zu 400000 Mark gehen, besitzt. In den letzten Tagen hat Höfle Vorbereitungen getroffen, die mit der Abhebung seiner Bankguthaben ihren Abschluß fanden, von denen die Staatsanwaltschaft annimmt, daß sie der Flucht des schwerbelasteten und mit Zuchthaus bedrohten Exministers acqulien haben.

Dum-Dum-Geschoße und Bazillen bei der Tscheka.

Der Tscheka-Prozess.

Leipzig, 11. Februar. Am zweiten Tage des Tscheka-Prozesses wurde die Vernehmung des Angeklagten Neumann fortgesetzt. Er erklärte, daß die Waffenbeschaffungsabteilung das Geld zum Waffenanfang in amerikanischen Dollars in der russischen Botschaft erhalten habe. Er selbst habe Beträge von ungefähr 35 000 Dollar an der Kasse der russischen Botschaft erhalten. Der Chef des russischen Revolutionskomitees, Kleine, habe an einen Mann in Chemnitz mit dem Decknamen Karl 50 000 Dollar gegeben mit dem Auftrag, Waffen für Sachsen, Thüringen und Preußen zu beschaffen. Ein weiterer Waffenkäufer sei ein Lehrer Nicolaus Wacht in Thüringen gewesen, der verschiedene Decknamen geführt habe, zuletzt den Namen Dr. Winkler. Ein anderer Waffenkäufer namens Grew, habe enorme Summen unterschlagen. Er, Neumann, habe später den Auftrag erhalten, den Grew zu erledigen. Das Schweregericht der Partei sei dann nach Dresden verlegt worden. Auch das Revolutionskomitee sei dorthin gegangen. Mit den Umständen, unter denen sich der Eintritt der Kommunisten in die tschechische Regierung vollzogen habe, sei Kleine jedoch nicht zufrieden gewesen. Der Eintritt hätte unter solchen Umständen geschehen sollen, daß die kommunistischen Minister in der ersten Plenarsitzung die Massen zum bewaffneten Aufstand hätten aufrufen können. Es habe dann eine zweite Sitzung in der Wohnung eines Parteimitglieds Dr. Klauke in Berlin stattgefunden, an der außer Mitgliefern des Revolutionskomitees verschiedene Leiter von Oberbezirken teilgenommen hätten. In dieser Sitzung sei ein Operationsplan entworfen und der Marsch auf Berlin beschlossen worden, ohne daß jedoch ein Termin festgelegt worden sei. Weiter sei eine Umorganisation in militärischer Beziehung vorgenommen worden. Die Verbände seien nach Art der alten militärischen Verbände gegliedert worden und hätten Bataillons- und Regimentsstärke erhalten. Kleine habe dann sein Hauptquartier nach Berlin, Melanchtonstraße 1, verlegt. Hier sei Neumann anwesend gewesen, als Klemme dem Kleine Bericht über den Aufstand in Hamburg erstattet habe. Klemme habe den Aufstand in Hamburg einleiten sollen. Wer den Auftrag erteilt habe, könne er (Neumann) nicht angeben. Ein zweiter Befehl an Klemme, den Aufstand abzublenden, sei nicht rechtzeitig genug nach Hamburg gekommen. Nach der Rückkehr aus Dresden sei das Revolutionskomitee aufgelöst worden. Nur die militärische Organisation habe man als W-Abteilung beibehalten und Stoblenko unterstellt. Die früheren selbständigen Abteilungen des Revolutionskomitees habe man zu Unterabteilungen der W-Abteilung gemacht. Aus der Zentrale sei ein Fünferkopf mit diktatorischen Vollmachten gebildet worden, dem Brandler, Nuth, Fischer, Arwid, wahrscheinlich ein Kuske, Thälmann und ein Fünfer angehört hätten, den Neumann nicht kenne. Neumann selbst hätte Sekretär in der W-Abteilung werden sollen.

Von dieser Abteilung wurden sogenannte Terrorgruppen (Z-Gruppen) gebildet. Von Tschekagruppen wurde nie gesprochen. Die Z-Gruppen hatten die Aufgabe, die Parteimitglieder zu überwachen und besondere Feinde der KPD zu erledigen. Zunächst bildete Neumann eine zentrale Z-Gruppe in Berlin, für die er 500 Dollar erhielt. Die Mitglieder der Gruppe wurden auf die Partei verpflichtet; Verrat sollte mit dem Tode bestraft werden. Die erste Aufgabe, die Helmut stellte, war die

Beseitigung des Generals v. Seckl.

Stürke stellte er eine Frist von drei Monaten. Diese Frist wurde auf Beschluß des Fünferkopfes auf 14 Tage, dann sogar auf drei Tage verkürzt. In dieser Zeit den Auftrag zu erledigen war unmöglich, zumal die organisatorischen Mittel fehlten. Darüber entstanden Differenzen zwischen Neumann und Helmut.

Nach dem Verbot der Partei wurde der Plan gegen Seckl auf Anweisung Brandlers offiziell aufgegeben. Die Gruppe sollte jedoch bestehen bleiben und sich für andere Aufgaben bereithalten. So erhielt sie den Auftrag, „Sinnlos zu erledigen“.

Anlaßlich der Verteilung von verschiedenen Schriftstücken, die beweisen sollten, daß die kommunistische Partei nicht nur den Massenterror, sondern auch den Individualterror

vorgeschrieben habe, kam es zu scharfen Protesten der Verteidigung, die erklärte, daß es sich um Fälschungen handele, die von unbekanntem Provokatoren der Polizei in die Hände gespielt worden seien.

Der Angeklagte Neumann sagte weiter aus, die Mitglieder der Z-Gruppe seien mit falschen Wägen und Aufweisen ausgestattet worden, die von der Poststelle der Zentrale angefordert wurden.

Die Poststelle unterstand einem gewissen Ernst. Die Verbindungen mit Ernst wurden brieflich durch den Sekretär der Zentrale Viech hergestellt, der auch die Postverteilung unter sich hatte. Durch den Waffenkäufer von Berlin-Brandenburg Weyer, der Albert genannt wurde, erhielt die Gruppe Crigies-Wägen mit Munition. Die Munition wurde, wie Neumann annimmt, durch Abteilung in Dum-Dum-Geschoße verpackt. Helmut gab Anweisung, daß

mit allen Mitteln, Waffen, Sprengstoffen und auch Giften gearbeitet werden müsse. Durch eine gewisse Eva, die mit einem Chemiker in Beziehungen stand, erhielt Neumann Beengengläser

mit Topfbus- und Naphbazillen.

Die Bekanntheit mit Eva wurde durch eine gewisse Lu vermittelt, die ursprünglich Sekretärin in der Zentrale war, dann in der russischen Botschaft zur Verfügung Helmut und seines Stabschefs kam, und darauf für die Gruppe die schriftlichen Arbeiten erledigte ohne formell verpflichtet zu werden.

Neumann erklärte weiter, Eva habe auch einen Vortrag über die Anwendung der Bazillen gehalten. Er habe aber nie daran gedacht, die Bazillen gegen Menschen in Anwendung zu bringen. Die Gläser wurden von ihm schließlich mit Schritten zusammen verpackt und zum Angeklagten Neus geschafft, wo sie gefunden worden sind. Um die Wirksamkeit des Giftes zu erproben, wurden auch Experimente mit einem Kaninchen vorgenommen. Hierüber ergaben sich Unstimmigkeiten zwischen der Darstellung Neumanns und der anderen Angeklagten, namentlich des Marquis. Neumann behauptet, daß das Kaninchen Wilsch, die mit den Bazillen verfeuert war, zurückgewiesen habe, Marquis erklärte, er habe von vornherein gesagt, es handle sich um Schwindel, da die Auffahrt auf den Gläsern entgegen den chemischen Bräuchen deutsch war. Bei einem Versuch, den er vorgenommen habe, habe das Kaninchen auch gefressen und munter weiter gelebt. Er habe darauf das Glas Neumann zurückgegeben, der gesagt habe, daß dann das Geld für eine Sache ausgegeben sei, die nichts wert sei. Für die Bazillen bezahlte Neumann je 5 Dollar für das Glas. Quittungen ließ sich Neumann nicht ausstellen, wie für Beschaffung von Geheimmaterialien überhaupt keine Quittungen gefordert wurden. Derartige wurde als organisatorische Ausgabe verbucht.

Rechtsanwalt Dr. Schindler äußerte die Vermutung, daß Neumann überhaupt keine Gifte gekauft, sondern das Geld in die eigene Tasche gesteckt habe, wogegen Neumann in großer Erregung protestiert.

Auf verschiedene Fragen erklärt der Angeklagte weiter, einen bestimmten Auftrag, Gift zu verwenden, nicht erhalten zu haben.

Anträge der Verteidigung, die entgegenstehenden Aussagen zu protokollieren, wurden als unerheblich abgelehnt. Zum Schluß der Sitzung kam es nochmals zu einem Inzidenten zwischen Verteidigung und Prosekution. Der Vorsitzende richtete an die Verteidigung die Bitte, in der Fragestellung sich Beschränkungen aufzuerlegen, da er sonst nicht mehr Rücksicht auf die Wünsche der Verteidigung nehmen könne, nämlich nur sechs Stunden täglich zu verhandeln. Rechtsanwalt Dr. Franke erob stärksten Protest dagegen, daß die Verteidigung durch Drohungen im Recht der Fragestellung beschränkt werden solle. Es handle sich um Leben und Freiheit der Angeklagten. Der Vorsitzende erklärte, nicht gedroht, sondern nur eine Bitte ausgesprochen zu haben.

Die Vernehmung Neumanns wird am Freitag fortgesetzt. Der Donnerstag bleibt schuldig, da die Angeklagten König und Diener als Zeugen in einem Prozeß vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes vernommen werden sollen.

stiff sein, dessen Umhüllung aus Aluminium bestehen soll. Das Fassungsvermögen soll 20000 Kubikfuß und die Länge 150 Fuß betragen. Das Schiff soll feuer- und wetterfest sein. Ausnahme der Arbeitslosigkeit in Wien. Die Zahl der Arbeitslosen hat in der letzten Woche abermals um etwa 20000 zugenommen. Nach privaten Schätzungen stellt sie sich im ganzen Bundesgebiet auf 210000, darunter etwa 100000 in Wien. Arbeitslosenunterstützung betragen etwa 100000. Serbisch-bulgarischer Zwischenfall. An der serbisch-bulgarischen Grenze kam es zu einem Zwischenfall. Eine bulgarische Truppe überschritt in Verfolgung ausländischer bulgarischer Offiziere und Soldaten die serbische Grenze bei Jaribrod, löste auf serbischem Boden zwei kufständische und verwundete mehrere. Die Verluste der bulgarischen Truppen betragen 26 Mann.

Die Reichsbahn und die Verkehrskreditbank.

Berlin. In der kommunistischen Presse werden Angriffe gegen die Reichsbahn in der Richtung erhoben, daß der deutschen Verkehrskreditbank dadurch von der Reichsbahn ein Monopol eingeräumt sei, daß die Frachtungsangelegenheiten durch die Vermittlung der Verkehrskreditbank erledigt werden sollen. Nach den uns von zuverlässiger Stelle gegebenen Aufklärungen verhält sich jedoch die Sachlage ganz anders und die Angriffe der kommunistischen Presse sind vollkommen unbegründet. Die Reichsbahn beabsichtigt die Bedingungen für die Frachtkundungen zu ändern, um dadurch eine Verbilligung für die Verfrachter herbeizuführen. Die Reichsbahn selbst konnte jedoch auf diesem Wege eine Verbilligung nicht herbeiführen, dagegen erschien die Deutsche Verkehrskreditbank die geeignete Stelle, um zu diesem von allen Seiten gewünschten Ziele zu gelangen. Die Deutsche Verkehrskreditbank befindet sich zum größten Teil in den Händen der Reichsbahn. Diese besitzt 70 Prozent der Aktien der Bank, 20 Prozent befinden sich in den Händen der Großbanken und 10 Prozent bestehen aus kleineren Teilen, die in verschiedenen Händen sich befinden.

Die Angriffe der kommunistischen Presse erscheinen nicht recht als erklärlich, da in gerade die Verkehrskreditbank eine Verbilligung gewünscht haben. Die Angelegenheit ist mit dem deutschen Industrie- und Handelsrat, dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Deutschen Landwirtschaftsrat erörtert worden und all diese Körperlichkeiten haben sich mit den neuen Verfahren bei den Frachtkundungen, das vom 1. März ab einzuführt werden soll, einverstanden erklärt. Auch der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hat gutgeheißen, daß vom 1. März ab sämtliche Frachtkundungen über die Verkehrskreditbank gehen sollen. Daraus, daß die Herren Oeler und Fischel im Besitz von Aktien der Deutschen Verkehrskreditbank sein sollen, ist an ausländischer Stelle nichts bekannt. Der Teil der Aktien, der nach frei ist, ist so gering, daß daran kein besonderes Interesse bestehen könnte. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat schon vor einiger Zeit als Ergebnis seiner Beratungen amtlich mitgeteilt, daß die Reichsbahn der Verkehrskreditbank flüssige Gelder überweisen wird, unter der Bedingung, daß diese Bank sich nicht zu einem allgemeinen Bankinstitut ausbildet. Die Verwendung der Gelder durch die Bank ist an die Zustimmung des Verwaltungsrats der Reichsbahn gebunden.

Die Reichskanzler-Beisprechung mit der bayerischen Regierung.

Berlin, 12. Februar. Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Beisprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Ministern der bayerischen Regierung sich auf die allgemeine innen- und außenpolitische Lage des Reiches bezogen habe und daß die Frage der bayerischen Forderungen auf Ausgestaltung der Selbständigkeitsrechte der Länder nur ganz kurz erörtert wurde. Da der bayerische Ministerpräsident dieses Problem nur flüchtig angeschnitten hatte, nimmt man an, daß Bayern beabsichtigt, die im Jahre 1923 ausgearbeitete Denkschrift völlig umzuarbeiten und erst dann mit dem Reich in Verhandlungen einzutreten. Im übrigen soll der Verlauf der Münchener Beisprechungen des Kanzlers durchaus befriedigend gewesen sein. Insbesondere ergab sich volle Einmütigkeit darüber, daß in allen wichtigen außenpolitischen Fragen auch die Länderregierungen mehr als bisher Gelegenheit erhalten sollen, bei den Entscheidungen der Reichsregierung positiv mitzuwirken.

Wohnungszwangswirtschaft, Hauszinssteuer und Mieterhöhung.

Die wir aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium erfahren, wird die Wohnungszwangswirtschaft zum 1. Juli 1928 aufzuheben, Bestimmungen über Mieterhöhung sollen aber für die Dauer von zwei weiteren Jahren (also bis 1930) erlassen werden. Die Wohnungsdämmer sollen bereits Ende 1925 aufgelöst werden. Die Hauszinssteuer wird auf landwirtschaftliche Grundstücke ausgedehnt. Die Wärmeländer werden in Preußen um 4 Prozent (also auf 70 Prozent) erhöht werden.

Gepannter Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in Thüringen.

Der Vorwärts meldet aus Weimar, die thüringische Regierung habe im Landtag mitteilen lassen, daß in nächster Zeit der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erfolgen und die Miete, die gegenwärtig 80 Prozent der Friedensmiete beträgt, dem Friedensstande angepaßt werden solle.

Die gesamte französische Presse gegen die Räumung Kölns.

Paris. Die bevorstehende Erstattung des Schlussberichts der Kontrollkommission veranlaßt die gesamte Morgenpresse, sich eingehend mit der Sicherungsfrage zu befassen. Alle Blätter unterstützen die Forderung, daß die Kölner Zone auf Grund ungenügender Schlussfolgerungen des Berichtes der Kontrollkommission nicht geräumt werden könne.

Die englische Presse gegen die französische Auffassung in der Räumungsfrage.

London. Die englische Morgenpresse betont noch einmal, daß die Kölner Frage unter keinen Umständen mit irgendeinem anderen politischen Problem in Verbindung gebracht werden dürfe. Entgegen der französischen Auffassung müsse darauf hingewiesen werden, sagt die Times, daß die britische Regierung bei der Aufhebung der Räumung Kölns lediglich von juristischen Standpunkten geleitet worden sei. Es sei aller Grund vorhanden, zu glauben, daß Deutschland seine Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage nicht erfüllt habe. Aus diesem Grunde einig und allein sei die Räumung Kölns aufgeschoben worden. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß nach Vorlegung des Berichtes der Kommission Deutschland aufgefördert werden solle, alle Unterstellungen und Verleumdungen wegzumachen, und, sobald es seine Verpflichtungen erfüllt habe, sollte die Räumung der Kölner Zone automatisch erfolgen. Was das allgemeine Problem der Sicherheiten anbelangt, so sei der Meinungsaustausch über das Genfer Protokoll zwischen London und den Regierungen der Dominions im Gange. Die Meinung in Regierungskreisen gehe dahin, daß den Verhandlungen mit

Politische Tagesübersicht.

Doch eine neue Kandidatur Ebert? In den parlamentarischen Kreisen verläuft, daß die Sozialdemokratie sich überausbedauerliche Weise doch noch dazu entschlossen habe, den gegenwärtigen Reichspräsidenten Ebert wieder als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Diese Mitteilung hat besonders in den demokratischen Kreisen so große Ueberraschung hervorgerufen, daß von demokratischer Seite deswegen eine Rückfrage bei den sozialdemokratischen Führern ergangen ist. Obwohl die Demokraten den gegenwärtigen Reichspräsidenten als Persönlichkeit außerordentlich schätzen, ist die Mehrheit der demokratischen Führer aus sachlichen Gründen gegen eine Wiedererhebung Eberts, der nach ihrer Auffassung nicht wieder gewählt werden könnte.

Die Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin. Reichskanzler Dr. Luther wird am Freitag morgen wieder in Berlin einreisen, um einer Kabinettsitzung beizuwohnen, die sich mit der Denkschrift über die Ruhrrentschädigung befassen wird. Wie wir hierzu erfahren, wird der Kanzler am Sonnabend die Führer der Regierung nahestehenden Parteien empfangen, mit denen er die Angelegenheit der Ruhrrentschädigung noch besonders besprechen wird. Für Sonnabend ist auch die Ueberreichung der Denkschrift an den Reichstag vorgesehen.

Die Arbeitslosigkeit und Lohnverhandlungen in der eisen-erzeugenden Industrie des Ruhrgebiets haben sich verschärfen, da die Arbeitgeber die Forderungen der Gewerkschaften für wirtschaftlich untragbar hielten. Am Mittwoch nächster Woche finden vor dem Schlichter neue Verhandlungen statt.

Der Bildungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag abermals mit der Frage eines neuen Schlichterorgans sowie mit der Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur. Staatssekretär Schulz teilte vertraulich die neuen Grundlinien für ein Schlichterorgan mit, und stellte weitere Richtlinien für ein Schlichterorgan in Aussicht. Die Schwester Lord Kitchener ist im 70. Lebensjahre in London gestorben. Der bekannte englische Feldherr ist während des Weltkrieges am 5. Juni 1916 mit einem englischen Kreuzer bei den Dornes-Inseln untergegangen. Bis kurz vor ihrem Tode hatte, so schreibt die B. Z. die alte Dame an der Einbildung festgehalten, daß ihr Bruder noch am Leben sei und in Deutschland in einem Gefangenenlager festgehalten werde.

Der Reichskanzler in Stuttgart. Reichskanzler Dr. Luther ist gestern von München in Stuttgart eingetroffen.

Prozess gegen den Schriftsteller des Niebhaber Angelegers. In dem beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik unabhängigen Strafverfahren gegen den Schriftsteller des Niebhaber Angelegers, Rudolf Stempfle, und eine Reihe anderer Personen wegen Herabwürdigung der verfassungsmäßigen Staatsform, in dem es sich um den gegen den Reichspräsidenten erhobenen Vorwurf des Landesver-

trais durch Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik handelt, ist, wie wir hören, der Termin zur Hauptverhandlung in Leipzig auf den 18. März festgesetzt worden.

Paßerleichterungen zwischen Deutschland und Frankreich. Man hat ein Dekret in Aussicht gestellt, daß vereinfachte Paßerleichterungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen soll.

Die Bedingungen deutscher Anleihen im Elsass verboten. Offiziell wird mitgeteilt, daß es den Elsass-Vorbringern nicht erlaubt sei, irgendwelche neue deutsche Anleihen zu zeichnen, auch nicht solche, die früher in den deutschen Reichslanden valorisiert wurden.

Kommunistische Anwälte im Prager Parlament. Die kommunistischen Anwälte in Prag fanden gestern im Parlament ein Echo. Als zu Beginn der Sitzung der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Strizbeny eine Erklärung zur Feuerung und zu dem Plan einer selbständigen Notenbank abgeben wollte, machten die kommunistischen Abgeordneten großen Lärm. Sie beschuldigten die Polizei, mit Wägen in die kommunistischen Demonstrationen hineingefahren zu haben. Fünf kommunistische Abgeordnete mußten aus dem Sitzungssaal entfernt werden, bevor die Regierung ihre Erklärung abgeben konnte. Die kommunistische Partei verurteilt für Sonntag Straßendemonstrationen ein, die vorläufiglich verboten werden.

Der Tempus zu der Wahl Dr. Marx. Zu der politischen Lage in Deutschland bemerkt der Tempus, man müsse bei einer näheren Betrachtung der Präsidentschaftswahlen feststellen, daß die Wahl Dr. Marx zum Ministerpräsidenten nur einen sehr bescheidenen Erfolg der Mittelparteien darstelle, der keinen nennenswerten Einfluß auf die deutsche Politik ausüben werde.

Metallarbeiterstreik in Cherbourg. Ein Teil der Metallarbeiter in Cherbourg ist gestern wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. Im Laufe des Nachmittags hat die Streikbewegung erheblich an Ausdehnung gewonnen. Auf den Schneider-Werken haben 1900 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden durchzogen unter Absingen der Internationale die Straßen der Stadt.

Die Pariser Presse zu Köllers Verhaftung. Die Verhaftung des Abgeordneten Kölle erregt in Paris das größte Aufsehen. Echo de Paris macht folgende Feststellungen: Das Weimarer Regime verfallt immer mehr der allgemeinen Verachtung. Das ist die wahre Bedeutung des Skandals, in den sich führende Männer verwickelt haben. Es folgt dann eine ausführliche Darstellung der Hölle und Dauer zu Last gelegten Vergehen.

Englisch-amerikanische Luftfahrpläne. Dem Daily Telegraph wird aus Newyork gemeldet, daß innerhalb der nächsten 30 Tage ein Passagierluftdienst zwischen Newyork und London eingerichtet werden solle. Man hofft, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag über den Bau eines leistungsfähigen Luftschiffes in den nächsten Tagen unterzeichnen werden. Das erste leistungsfähige Luftschiff soll ein Metall-

Deutschland interalliierte Verhandlungen voraussetzen hätten.

Vom Wahlkampf in Jugoslawien.

*) Budapest. Das ungar. Tel. Kor. Büro berichtet über den Wahlkampf in Jugoslawien nach folgende Einzelheiten:

In Kraina (Kroatische Komitat) verhielt die Wendbarkeit die Bauern an der Abstimmung zu verhindern, worauf sich die Anhänger Raditschs auf die aus vier Leuten bestehende Patronatskurie stützten und sie erschlugen. In der Ostschicht (Kroatische Komitat Modrus-Plume) mußte der Wahlpräsident die Abstimmung suspendieren wegen der blutigen Tumulte und Schlägereien, die infolge von Uebergriffen der Wendbarkeit entstanden. In Belko-Krasovitz (Kroatische Komitat) forderten die Radikalen den demokratischen Urnenwächter auf, sich zu entfernen. Als dieser sich weigerte, der Aufforderung Folge zu leisten, wurde er von den Radikalen getötet. In dem sich daraus ergebenden Tumult wurden zwei Wendbarke tödlich verletzt.

Zum Varmatsskandal.

*) Berlin. Am preussischen Untersuchungskommission erklärte der Zeuge Davidsohn, die deutschen Vetterhändler seien sehr erregt darüber gewesen, daß sie als von der Regierung mit der Vetterhändlergesellschaft für Deutschland beauftragt nur ein Prozent verdienen konnten und nur mit Vetter allein handeln dürften, während Varmat als Ausländer diesen hemmenden Bestimmungen nicht unterworfen war. 25% Gewinn aus seinen Geschäften so und außerdem mit Zinsen und vielen anderen Dingen handelte. Die Vetterhändler der deutschen Vetterhändler beim Minister Schmidt hätten keinen Erfolg gehabt.

Zu einem Zwischenfall kam es dann, als Abgeordneter Bartels (Komm.) den Zeugen fragte, wer außer Bauer und Ruttner noch Mitglieder der Staatsanwaltschaft in Schwaben gewesen sei. Abgeordneter Ruttner (Soz.) verwehrte sich erregt gegen den Vorwurf, daß auch er Mitglied gewesen sei, und bezeichnete diese Behauptung des Abgeordneten Bartels als eine Unschicklichkeit und gemeine Verleumdung. Der Vorsitzende erteilte Ruttner und Bartels Ordnungsstrafe.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Dreier (Dn.), ob dem Zeugen bekannt sei, daß Varmat bereits vor dem 9. November 1918 Untersuchungen zum letzten Reichspräsidenten Ebert unterhalten und welcher Art diese Beziehungen gewesen sind, erklärte der Zeuge Davidsohn: „Soviel ich wissen habe, bekannte sich Varmat als Mittelmann der Empfehlung Varmats an Ebert. Nähere Auskunft hierüber könnte Varmat geben.“

Gerichtssaal.

Ein Volkstakt wegen Ueberschreitung der Vollzeitskunde bestraft. In eine unangenehme Lage gebracht hat sich der Vollzeiterwacheinnehmer Alfred Luntzow, wie eine Verhandlung vor dem Dresdener Schöffengericht erab. Als sich der Vollzeiterwacheinnehmer eines Nachts in Vorstadt Radix auf einer Straße befand, kam er an einem Lokal vorbei, wo trotz Ueberschreitung der Vollzeitskunde noch lustig weitergespielt wurde. In jener Gegend hatte ein logenartiges Schweinskopfschiffen stattgefunden, zudem fand auch ein Debeschmann statt, wie solche im Baugewerbe ganz allgemein

üblich sind. Der Vollzeiterwacheinnehmer machte den Wirt auf die bereits überschrittene Vollzeitskunde aufmerksam und entfernte sich daraufhin, wurde aber auf Veranlassung eines Wirtes zurückgerufen und mit einem Glas Bier behaftet. Der Wirt verließ in der betreffenden voraerklärten Nachtskunde angeblich fast eine halbe Stunde im Lokal. Ein Feinachtskäufer brachte dieses Vorkommnis zur Anzeige, mit dem sich jetzt das Schöffengericht zu beschäftigen hat. Während der Vertreter der Anklage diese Handlungswelle mit einer Geldstrafe geahndet wissen wollte, erkannte das Gericht im Gegenzug hierzu auf einen Monat Gefängnis. (R-g.)

Die Tschechen in Wien.

In der österreichischen und deutschen Presse ist verschiedentlich schon darauf hingewiesen worden, daß sich im Gegensatz zu der brutalen Herabsetzung des deutschen Schulwesens in der Tschechoslowakei, das tschechische Kulturleben in Oesterreich einer außerordentlich pfleglichen Behandlung seitens der Behörden zu erfreuen hat. So werden in Wien über hundert tschechische öffentliche Schulklassen erhalten, während nach den Minderheitsabmachungen die Stadt nur zur Unterhaltung von etwa 50 tschechischen Klassen verpflichtet ist. Die Ausbreitung des Tschechentums in Wien, in Nieder- und Oberösterreich hat sich bereits unter der, man kann wohl sagen, Fürsorge der alten Habsburgischen Regierung entwickelt. „Vacht mir meine Behm“ in „Ruh“, plätierte Franz Josef zu sagen, wenn ihm Beschwerden über tschechische Uebergriffe unterbreitet wurden. Der vielgeschmähte österreichische Kaiserstaat war in Bezug auf die Behandlung, man kann sagen die Bevorzugung der nichtdeutschen Völker, geradezu ein Paradies für diese, im Gegensatz zu der Unterdrückungspolitik seitens der Reichsregierungen und Vetterhändler, seitens der Tschechen, Südslawen, Italiens, Rumänien.

Am 5. November 1918 wurde in Wien auf Veranlassung des damaligen sozialdemokratischen Abgeordneten und späteren tschechischen Gesandten Tassler ein tschechischer Nationalauschuß gegründet, der sofort die Abschaffung des Nationalkatasters in den Fabriken durchführte. Ein politischer und wirtschaftlicher Auschuß wurde eingerichtet. Letzterer unterhielt in Wien allein 14 Büros, die für Fahrsmittelverteilung aus der Tschechoslowakei an die Tschechen in Oesterreich sorgte. Eine bald darauf entstehende Einkaufsgenossenschaft versorgte die tschechischen Konsumvereine. Die österreichische Regierung förderte diese Bestrebungen in jeder Weise.

Bei den Parlamentswahlen im Februar 1919 gelang es den Tschechen, mit 65.132 Stimmen einen Abgeordneten durchzubringen. Bei den Landtagswahlen im gleichen Jahre wurden vier Abgeordnete gewählt. Die Wahlen im folgenden Jahre verringerten die tschechischen Stimmen allerdings fast um die Hälfte, so daß der aufgestellte Kandidat durchfiel. Nun schlugen die Tschechen eine neue Taktik ein. Sie verbündeten sich, allerdings gegen den Widerpruch einer Minderheit, die trotzdem eine eigene Liste aufstellte und täglich Schiffsbruch litt, mit den deutschen Sozialdemokraten. Die Tatsache, daß die tschechische Bevölkerung in Wien zum größten Teile der Arbeiterklasse angehört, erleichterte diese Taktik. Wir erleben also in Oesterreich das beschämende Schauspiel, daß eine deutsche Partei sich mit den Volksfeinden verbündet, wie wir es im Reiche in der Vorkriegszeit häufig beobachtet haben. Der tschechische Nationalauschuß gewann bald Fühlung auch mit den slowenischen und kroatischen Minderheiten. Tschechische Verkehler und Bäckervereine vervollständigten den Kampfapparat. Weiterhin gelang es den Tschechen, eine Stimme von den fünf Mandaten der österreichischen Völkervereinigung für die Liga anzurechnen. Anlässlich der Wiener Tagung der Liga gab der tschechische Vertreter eine französische Broschüre über die

„Tschechoslowaken“ in Oesterreich heraus, die den berechtigten Unwillen der nationalbewussten deutschen Kreise erregte. Ein Vertreter des tschechischen Nationalauschusses sitzt im Landesparlament als Referent für tschechische Schulangelegenheiten. 16 tschechische Bezirksräte, eine ganze Anzahl tschechischer Armenräte und Ortschulräte betätigen sich dazu. Ein Konflikt der tschechischen Sozialdemokraten mit dem Nationalauschuß wurde bald beigelegt, da die Tschechen ja auf gefährdetem Boden ebenso wie in der Heimat eine vorbildliche nationale Disziplin besitzen.

Angeht die Schwäche des Deutschtums und des Oesterreichischen Staates im besonderen, und angeht die oft angegebene tschechischen Eroberungsabsichten nach Oesterreich hinein ist die Entwicklung des Tschechentums tatsächlich eine Gefahr geworden, die rechtzeitig erkannt und beobachtet werden muß. Einwirkungen deutschbewusster Kreise in Richtung einer Kurridschraubung der tschechischen Ansprüche auf die rechtsverbindlichen Jugabestimmnisse, zu denen Oesterreich sich vertragsmäßig verpflichtet hat, sind bei der tschechischen Stadtverwaltung auf Abweisung gestoßen. Rechnet die Sozialdemokratie doch weiterhin auf tschechische Unterstützung. Und umsonst helfen die Tschechen, auch die tschechischen Sozialdemokraten, nicht. So zählt man denn auf Kosten der eigenen Volksgenossen. Warteinteresse geht über Volkinteresse!

Vermischtes.

Ein neuer Reformator der Herrenkleidung. Der frühere Gesundheitskommissar von Newport Dr. Thomas Darlington hat sich jetzt eingehend mit der Kleidung des Mannes von heute beschäftigt und sie für ein „einziges großes Verbrechen an der Gesundheit“ erklärt. Aber vom ästhetischen Standpunkte kommt er ebenso wie vom hygienischen zu einer vollständigen Verurteilung der Kleider, die die Herren tragen. So ist er der Ansicht, daß die Männer sich viel zu schwer anziehen und mit Kleidern überladen. Er empfiehlt daher für den Sommer weiße Röcke aus Seide, und um auch etwas Buntheit und Schönheit in unsere blassere Männertracht zu bringen, schlägt er vor, die Herren sollten sich die weisseidenden Röcke mit bunten Bändern besetzen lassen. Ueberhaupt sei es Pflicht des männlichen Geschlechtes, sich in der Pracht der Toilette nicht von der Frau überbieten zu lassen, da ja auch im Tierreich das Männchen an Glanz des Kleides das Weibchen in den Schatten stelle. Im Büro und bei der Arbeit sollen die Herren farbtrockene Jaden anlegen, durch die auch ihre Arbeitsleistung gehoben werden würde. „Die Männer verlieren ihre Haare“, erklärt er, „weil sie Hüte tragen, die schwer sind, eng anliegen und keine Luft durchlassen. Sie lassen sich durch hohe steife Kragen der Gefahr des Erstickens aus und erdauern sich betmache durch restantienende Hosen-träger durch enge Gürtel und strammgeschürzte Schuhe.“

Das billige Porträt. Zu einem bekannten Maler kam ein geistiger Herr und fragte ihn, ob er für 200 Mark sein Bildnis malen würde. Der Künstler erklärte sich bereit und meinte, eine Sitzung würde dafür genügen. Als aber dann der Besteller das fertige Bild sah, war er — von hinten dargestellt, so daß man nur seinen Fettnäpfchen, seinen hässlichen Haarwuchs, Nase und große Ohren bemerken konnte. Auf den entsetzten Protest erklärte der Maler: „Ich dachte, daß jemand, der so wenig für sein Bildnis ausbietet, nicht den Wunsch haben könne, sein Gesicht zu zeigen.“

Wohlbund-Tabletten
für Sänger, Sportsleute, Kaufleute

Mißfarb. Zähne
entstellen d. schönste Anblick. Chlorodont, wirkt am unterst durch Chlorodont-Randwässer.

Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. Wbite. 32. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Gertrud sah war beim Mittagessen, als die beiden kamen; das heißt, sie sah vor einem spärlich besetzten Teller und versuchte zu essen. Das lange Wachen in der Nacht hatte auch auf ihrem Antlitz Spuren hinterlassen. Aber sie vergaß sich selbst vollständig, als Herta ihr ihre Geschichte erzählte hatte. „Ihr Armen!“ rief sie, und es standen Tränen in ihren Augen. „Wie grausam das ist! Das Wenige, das man besitzt, in dieser Weise zu verlieren, muß doppelt schrecklich sein. Wenn es nur möglich wäre, daß ihr hier bei mir bliebet. Aber meine Wirtin hat alles vermiehet — und ich fürchte, sie wird sogar mich einmal fortjücken, weil ich ihr mit meinem späten Aufstehen und meiner Krankentrost zu viele Umstände mache. Daß ich aber auch nichts, gar nichts für euch tun kann!“

„Doch — du kannst sogar sehr viel für uns tun.“ entgegnete Herta. „Wir besitzen nämlich keinen Pfennig mehr. Unser Plan ist, uns gemeinsam ein ganz einfaches Zimmer zu mieten, für zwanzig Mark viellecht im Monat — es kann gar nicht einfach genug sein. Aber wir haben keine Sachen; und es nimmt uns niemand auf, wenn wir nicht die Miete im Voraus bezahlen. Wenigstens für eine Woche. Ich wollte dich nun bitten, uns zwanzig Mark zu leihen.“

„Aber ich habe sie ja nicht!“ sagte Gertrud, und nun meinte sie wirklich. „Ich habe nur ein paar Mark von dem Geld zurückbehalten, das du mir gestern gebracht hast — das andere habe ich vor einer Stunde an meine Mutter abgeschickt. Wenn ich es nur geahnt hätte! Aber was soll denn an so etwa denken. Und du kannst auch von deinem Verleger nichts bekommen?“

„Ich würde etwas bekommen können, wenn ich nur die Zeichnungen hätte, die schon fertig waren.“ erwiderte Herta bestimmt. „Du weißt, daß er niemals, und unter keinen Umständen, einen Vorschub gibt. Die Arbeiten waren ganz fertig — ich habe sie in meinen Koffer geschlossen, als ich gestern Abend zu dir ging.“

„Das ist schrecklich!“ schluchzte Gertrud. „Wenn du nicht zu mir gekommen wärest, hätte das alles nicht gesehen können. So wird dir nun deine Güte und deine selbstlose Aufopferung gelohnt! Herta, was wirst du tun, — was kannst du nur tun?“

Sie war so außer sich, so unflüchtig aufgeregte durch den Gedanken, daß sie das Unheil über die Freundin gebracht hatte, daß Herta Mähe hatte, sie zu beruhigen.

„Wie kannst du nur denken, daß du schuld daran bist!“ sagte sie. „Und es ist ja doch auch nicht so fürchterlich. Wir haben doch schon ebenso Schweres tapfer miteinander durchgemacht — nicht wahr? — Es ist nur schlimm, daß gerade jetzt die meisten unseres kleinen Kreises so schwer zu kämpfen haben.“

„Und Komtesse Larnow?“ fragte Gertrud bestimmt.

„Bitte, nennen Sie mich nicht so!“ bat Margarete. „Es klingt so, als ob ich nicht zu Ihnen gehörte. — Ja, ich bin in der gleichen Lage — auch meine Geldmittel sind alles, was ich zu Geld hätte machen können, hat Frau Werten mit sich genommen. Aber —“

Sie hielt zögernd inne. Eine Möglichkeit gab es freilich für sie. Sie kammerte sich nicht länger an ihren Stolz; sie würde ihn beiseitesetzen, ihren neuen Freundinnen zu helfen. Und wenn das Schlimmste zum Schlimmsten kam, konnte sie nach Hohenlinden telegraphieren, daß man ihr von dort her etwas telegraphisch überwies. Und doch — schwer würde es ihr werden. Es war ja erst so kurze Zeit her, daß sie das Schloß verlassen hatte, voll hochtrabender Phrasen und voll Zuversicht. Aber wenn sie nicht vor dem Abend telegraphierte, würde es —

Aber es gab ja noch einen anderen Ausweg! Die Erinnerung an die Unterredung zwischen Frau Werten und dem Grafen Alfred Redenthin kehrte ihr lebendig zurück. Graf Alfred war gekommen, um sich einen für ihn wichtigen Brief von Frau Werten aushändigen zu lassen. Was für eine Bewandnis es mit diesem Brief hatte, und wie weit er in Zusammenhang stand mit dem Geheimnis, das aus Hohenlinden lastete — es hatte augenblicklich keine Bedeutung. Bedeutung hatte nur, daß Graf Alfred des Briefes unbedingt zu bedürfen schien, und daß er heute wiederkommen wollte, ihn sich zu holen. Frau Werten hatte wohl in der Aufregung des überhitzten Umzuges den Grafen vergessen; aber sie würde sich seiner gewiß erinnern.

Und Graf Alfred selbst, für den nach seiner eigenen Erklärung die Erlangung des Briefes so ungeheuer wichtig war, hielt sich gewiß irgendwo in der unmittelbaren Umgebung des von Frau Werten verlassenen Hauses auf, um auf ein Zeichen von ihr zu warten, wo er sie zu suchen hatte. Und das sollte Margarete helfen, Frau Werten zu finden.

Entschlossen erhob sie sich und machte sich zum Ausgehen fertig.

„Wohin gehst du?“ fragte Herta.

„Ich habe meinen eigenen Plan.“ erwiderte Margarete mit einem Nicken. „Ich kann euch nicht alles erzählen, weil es zu viel Zeit beanspruchen würde, und auch, weil es mit den privaten Angelegenheiten anderer Personen verknüpft ist. Aber ich hoffe, daß wir unsere Sachen wiederbekommen werden, ehe es Zeit wird, sich zur Ruhe zu legen. Ich will nicht nur eine hilflose Last für euch sein — ich will das meine dazu beitragen, unsere Lage zu bessern. Vielleicht komme ich spät zurück, aber ihr braucht euch deswegen nicht zu ängstigen. Nach den Erfahrungen der letzten Nacht fürchte ich mich vor nichts mehr.“

„Daß sie gehen!“ sagte Gertrud, als Herta Einspruch erheben wollte. „Mit ihrer Zuversicht wird sie Erfolg haben.“

Mit erhobenem Haupt ging Margarete durch die Straßen. Was auch immer man ihr vorwerfen konnte — Mangel an Mut war es gewiß nicht. Und sie dachte, wie gut es wäre, wenn sie jetzt Rudolf Gentrner treffen würde —

wie sie ihm tausend Dinge sagen würde, an die sie nie zuvor gedacht hatte. Sie fühlte sich ein wenig beschämt, als sie an die Art dachte, wie sie ihn behandelt hatte. Wahrhaftig, er war mehr als gut genug für sie; es war, wie Herta sagte — er war gut genug für jedes Mädchen. Was hatte seine Geburt — was hatte seine Armut zu bedeuten, wenn er voll Lebenskraft und Lebensfreude, voll Güte und Vornehmheit — und voll harter, männlicher Liebe war? — Wie niedrig und töricht erschien ihr jetzt ihr Stolz!

Solche Gedanken erfüllten sie, als sie an dem Hause ankam. Sie hatte vorsichtig nach dem Grafen ausgespäht, und er wäre ihrer Aufmerksamkeit sicherlich nicht entgangen, wenn er da gewesen wäre. Bißlich erinnerte sie sich auch, daß er gefogt hatte, er würde am Vormittag wiederkommen; wie, wenn er schon da gewesen war und längst erfahren hätte, was er zu wissen begehrte?

Trotzdem wartete sie unermüdetlich — Stunde um Stunde. Und sie sollte sich dessen freuen. Denn als sie wohl zwei Stunden auf ihrem Posten ausgeharrt hatte, kam Alfred Redenthin die Straße herauf und verhielt sich in dem Hause. Er wußte also nichts davon, daß Frau Werten nicht mehr dort wohnte. Gleich darauf trat er wieder auf die Straße — wie es schien, unruhig und verstimmt. Während er einen Augenblick ungeschlüssig zögernd stehen blieb, machte sich ein halbwüchsiger Junge an ihn heran und schien ihn anzureden.

Jetzt zögerte Margarete nicht länger. Auf die Befehle hin, von ihm gesehen zu werden, machte sie sich ganz nah an den Grafen heran und blieb in seiner unmittelbaren Nähe vor einem Schaufenster stehen, ihm den Rücken zwendend. So konnte sie jedes Wort hören, das gesprochen wurde, und konnte in einem am Grunde des Schaufensters angebrachten Spiegel sogar sehen, was voring.

„Gut, gut.“ hörte sie den Grafen sagen. „Sonst hat dir die Dame nichts zu bestellen aufgegeben?“

„Nein, Herr. Sie sagte mir, ich sollte Ihnen den Zettel geben — nichts weiter. Fünzig Pfennig hat sie mir gegeben — aber ich stehe schon den ganzen Tag hier.“

„Da hast du noch etwas.“ sagte der Graf. „Und nun lauf nach Hause und bestelle der Dame, daß ich kommen werde, wenn es dunkel ist. Die Adresse weiß ich ja nun.“

Der Junge lief davon, und der Graf, der wieder heiter und sorglos ausah, schlenderte langsam die Straße hinunter, nachdem er sich noch eine Zigarette angezündet hatte. Margarete hatte die Absicht gehabt, ihm zu folgen, da sie vermutet hatte, daß er sich von hier aus direkt in die neue Wohnung der Frau Werten begeben würde. Aber es hatte sich nun weit besser gefügt. Denn in seiner gewöhnlichen Sorglosigkeit hatte Redenthin das Blatt mit der Adresse zu Boden flattern lassen, nachdem er es gelesen. Und sobald sie es tun konnte, ohne von dem Grafen gesehen zu werden, eilte Margarete hin, das Papier aufzuheben.

(Fortsetzung folgt.)

